

Der Grundstein

Offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 2,00 (ohne Bestell-
geld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,20

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Beretins-Anzeigen werden mit 30 % für die drei-
gespaltene Peltzeile oder deren Raum berechnet.

Lohnpolitik.

Dreistellig ist das Emanzipationsstreben der Arbeiterklasse: „Mehr Recht, mehr Wissen, mehr Brot!“ ist unsere Losung. Und wie verschieden die Wege sein mögen, auf denen die Arbeiterschaft diesen Zielen nachgeht — sie führen alle zu einem Punkte: zur Befreiung der Arbeit vom Joche der kapitalistischen Ausbeutung und Bedrückung und aus dem Dunkel einer erzwungenen Kulturlosigkeit. Mehr Brot, das ist die Losung der gewerkschaftlichen Aktion, mehr Brot und besseres Brot! Der Kampf für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist darum die allzeit im Vordergrund stehende Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen.

Es erscheint überflüssig, an dieser Stelle davon zu reden, in welchem Umfange die vom Deutschen Bauarbeiterverbande und seinen Vorläufern in dieser Hinsicht entfaltete Tätigkeit von Erfolg gewesen ist. Dagegen erscheint es angebracht, an dieser Stelle einmal die Frage der Lohnpolitik aufzurollen, d. h. die Frage nach gewissen Grundfragen, die für unsere Tätigkeit auf diesem Gebiete maßgebend sein müssen. Damit sind jedoch nicht die Grundfragen gemeint, die uns überhaupt veranlassen, nach höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen zu streben; denn diese sind mit dem ganzen Wesen der Arbeiterbewegung untrennlich verwoben und darum unverrückbar, sie geben keiner Anweisung Raum und bedürfen daher an dieser Stelle keiner Erörterung. Ebensovienig Wert hätte es, über die Kampfmethoden in den einzelnen Fällen zu reden: das sind Dinge, die man tut, über die man aber am besten so wenig wie möglich redet. Der Gegenstand der hier angestellten Untersuchung sollen vielmehr die Veränderungen sein, die durch die bisherige Beeinflussung der Löhne durch unsere Organisationen herbeigeführt sind — die Verschiebungen und die durch sie verursachten Wirkungen.

Lohnpolitik: Darunter ist zu verstehen eine bewußte und planmäßige Beeinflussung der Löhne. Und so aufgefaßt, kann man bisher überhaupt kaum von einer Lohnpolitik unserer Organisationen reden. Für uns war immer nur ein Grundfaß maßgebend: wo sich Gelegenheit bietet, ist nach Maßgabe unserer Kräfte soviel herauszuholen, wie möglich ist. Das war ein einfaches, klares und durchaus gesundes Prinzip. Angesichts der Ungünstigkeit der Bauarbeiterlöhne wäre es geradezu unverständlich gewesen, anders zu handeln. Und wenn wir jetzt über diese Frage schreiben, so geht unsere Absicht keineswegs dahin, etwas gegen diesen Grundfaß einzumenden, sondern es ist uns darum zu tun, einer andern Handhabung unseres alten Prinzips das Wort zu reden.

Die Erfolge unserer Lohnbewegungen sind und waren von den Machtverhältnissen zwischen Arbeitern und Unternehmern abhängig. Und diese werden in der Hauptsache durch zwei Faktoren bestimmt, nämlich durch den Stand der beiderseitigen Organisationen und durch die Lage des Arbeitsmarktes. Infolgedessen haben wir den Lohn vornehmlich in den Gebieten mit guten Organisationen und lebhafter Bautätigkeit beeinflussen können. Das sind die Großstädte und die Gebiete mit einer starken industriellen Entwicklung. An diesen Arbeitsplätzen sind die Löhne, dem Drängen der Organisation nachgebend, gestiegen, hier mehr, dort weniger, hier schnell, dort weniger schnell. Die Steigerung der Löhne erfaßte, wie wir wissen, nicht alle Großstädte und Industriegebiete, und sie beschränkte sich auch nicht ausschließlich auf diese, aber im allgemeinen waren es diese Arbeitsplätze, wo das Tempo des Fortschrittes am schnellsten war. Der übrige Teil des Landes blieb mit den Löhnen zurück. Die Folge war eine Vergrößerung der Lohnunterschiede zwischen den einzelnen Gebieten. Drei, vier vor 15 und 20 Jahren einen Lohnunterchied von zehn Pfennigen pro Stunde hatten, differieren heute mit ihren Löhnen

um das Doppelte und mehr. Solche Unterschlebe sind durch nichts gerechtfertigt. Die Statistik der Warenpreise im Kleinhandel zeigt, daß sich die Kosten der Lebenshaltung durchaus nicht nach der Größe des Ortes bestimmen, sie zeigt, daß z. B. manche Mittelstadt teurere Lebensmittelpreise hat, als unsere größten Städte haben, und daß die Steigerung der Warenpreise in den kleinen Orten nicht geringer ist als in den großen.

Es konnte darum gar nicht ausbleiben, daß die Entwicklung der Löhne, wie sie hier geschildert wurde, bald eine Gegenfröderung schuf, an der der berufliche Bauarbeiterverband nicht achtlos vorübergehen kann. Und diese Gegenfröderung besteht in einer starken und von Jahr zu Jahr zunehmenden Belastung des Arbeitsmarktes in den Gebieten mit höheren Löhnen. Immer stärker wird der Zug der baugewerblichen Arbeiter nach den Großstädten und Industriegebieten. Jedes Frühjahr machen sich Zehntausende von Bauarbeitern in den Gegenden mit zurückgebliebenen Löhnen auf, um nach den Großstädten zu ziehen, wo sie ihre Arbeitskraft „besser“ bezahlt bekommen. Es handelt sich dabei nicht bloß um junge Leute, die der Wandertreib veranlaßt, aus der Heimat fortzugehen, um zu lernen, sondern es sind viele Familienväter darunter, die auf diese Weise für sich und die Ihrigen ein ausreichendes Brot verdienen wollen, was ihnen bei den Hungerlöhnen in der Heimat nicht möglich ist. Die Folge ist eine Ueberfüllung des Arbeitsmarktes in den Großstädten und weiter eine starke Arbeitslosigkeit selbst in der besten Zeit des Jahres. So kommen den großstädtischen Kollegen die besseren Löhne, die sie sich durch ihre gute Organisation, begünstigt durch lebhafte Bautätigkeit, erkämpft haben, bei weitem nicht in dem Maße zugute, wie das für den Außenstehenden den Anschein hat. Wohl ist der Stundenlohn höher, aber ihr Jahreseinkommen wird durch häufige Arbeitslosigkeit bedeutend herabgedrückt, und so erwachsen ihnen aus der Fortbauer des heutigen Zustandes schwere Schädigungen, von denen mancher, der nie in die Arbeitsverhältnisse unserer großstädtischen Kollegen einen Einblick tat, gar keine Ahnung hat. Am schwersten leiden unter der chronischen Ueberfüllung des Arbeitsmarktes die älteren — nicht die alten! — Kollegen. Ein wirklich alter Kollege kann in den Großstädten überhaupt nicht mehr fortkommen, und die Kollegen, bei denen die Jahre der vollsten Schaffenskraft eben vorüber sind, die etwa das 45. Jahr hinter sich haben, sind, wenn ihnen nicht ein glücklicher Zufall zu Hilfe kommt, Jahr für Jahr mehrere Wochen arbeitslos. Wohlgemerkt: nicht im Winter, vom Sommer, von der eigentlichen Bauzeit, ist hier die Rede. Diese, und neben ihnen natürlich auch jüngere Kollegen, haben von den mit hohen Werten erlangenen besseren Löhnen kaum einen heimenswerten Vorteil.

Daraus ergeben sich für das künftige Verhalten des Deutschen Bauarbeiterverbandes bestimmte Konsequenzen. Wir müssen mit Anspannung aller Kräfte versuchen, die Löhne in den bisher zurückgebliebenen Gebieten in einem schnellerem Tempo zu erhöhen. Die Spannung zwischen den Löhnen muß vermindert werden, um den Anreiz zur Abwanderung in die großstädtischen Arbeitsgebiete zu vermindern. Das kann nur durch eine andere Orientierung unserer Lohnpolitik erreicht werden. Es wäre nicht kunlich, auf eine weitere Steigerung der großstädtischen Löhne hinzuwirken, ohne nicht auch den Stand des Lohnes in den rückständigen Gebieten zu heben. Eine solche Erhöhung des Stundenlohnes in den Großstädten allein würde unsern großstädtischen Kollegen wenig nützen; sie würde den Anreiz zur Zuwanderung und damit die Ueberfüllung des Arbeitsmarktes und die Arbeitslosigkeit vermehren. Der Effekt wäre eine vorübergehende Besserung, der eine Verschlimmerung des jetzigen Zustandes auf dem Fuße folgen müßte. Aber man darf diese Frage auch nicht lediglich vom Stand-

punkte der Interessen der großstädtischen Kollegen betrachten, auch die Interessen der übrigen Kollegen erheischen Berücksichtigung und Förderung, und es ist nur recht und billig, wenn sich die Organisation nach Kräften bemüht, Arbeitsbedingungen zu schaffen, die es auch den Kollegen in den kleinen und mittleren Orten ermöglichen, innerhalb ihres Kreises ein ausreichendes Brot zu verdienen. Man darf sich jedoch nicht darüber täuschen, daß eine solche Lohnpolitik nicht leicht zu betreiben ist. Gerade in jenen Gebieten, für die sich die Gesamtorganisation einsetzen soll, sind die Organisationsverhältnisse noch mangelhaft, und dadurch wird die Aufgabe natürlich nicht wenig erschwert. Bei der großen Bewegung im Jahre 1910 waren es ja gerade die Unternehmer in den rückständigen Organisationsgebieten, die die Anerkennung der Dresdner Schiedssprüche verweigerten, die die Zahlung der ihnen aufgelegten Lohnerhöhungen ablehnten — weil sie die Schwäche der Arbeiterorganisationen in ihren Gebieten kannten und sich darum sagten, daß diese allein nicht imstande wären, ihnen solche Lohnerhöhungen abzu-zwingen. Es war der Vorteil der zentralen Regelung der Lohnfrage, daß es dadurch gelang, auch für die große Zahl der in den kleinen und mittleren Orten tätigen Bauarbeiter Lohnerhöhungen zu erreichen, die nicht durch die Organisation in diesen Orten, sondern durch die Gesamtorganisation erkämpft und erzwungen wurden. Die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den kleineren Orten stellt sich überhaupt als eine Aufgabe dar, bei der der Druck der Gesamtorganisation in großem Umfange mitwirken muß, und unter diesem Gesichtswinkel rückt die zentrale Zusammenfassung der Lohnbewegung, wie sie durch das Verhältnis zum Arbeitgeberband gegeben ist, in ein neues Licht.

Wir raten den Kollegen, sich mit dem hier ausgesprochenen Gedanken zu beschäftigen.

Zentralschiedsgericht.

Nach langer Pause — seit Anfang Dezember 1911 — ist am 10. d. M. das Schiedsgericht wieder zusammengetreten, um in verstärkter Besetzung die Erledigung einer Reihe von Streitigkeiten in Angriff zu nehmen. Nach Verständigung beider Parteien und der bisherigen Unparteiischen sind zwei Herren, Magistratsrat v. Schulz-Berlin und Beigeordneter Rath-essen, als Unparteiische hinzugewählt worden.

Ohne Streit wurde entschieden, daß es erwünscht ist, wenn an den Sitzungen alle fünf Unparteiische teilnehmen, daß aber das Schiedsgericht auch verhandeln kann, wenn neben den Parteivertretern nur drei Unparteiische anwesend sind; nehmen vier Unparteiische an den Verhandlungen teil, so hat sich einer davon, gewöhnlich der Vorsitzende, der Abstimmung zu enthalten.

Zu längerem Auseinandergehen führte ein Antrag der Unternehmervertreter, der alle Parteivertreter zwingen wollte, zu einer von dem geschäftsführenden Unparteiischen festgelegten Verhandlung zu erscheinen. Dem wurde von den Arbeitervertretern nachdrücklich widersprochen, da man den Parteien nicht zumuten könne, andere Geschäfte, die seit langem vorbereitet und nicht zu verschieben seien, im Stiche zu lassen, um tagelangen Verhandlungen des Schiedsgerichtes beizuwohnen. Gegen die Stimmen der Unternehmervertreter wurde festgestellt, daß in Zukunft der erste Dienstag jedes Vierteljahres als Schiedsgerichtstag zu gelten hat. Etwasige Veränderungen sind 14 Tage vorher durch den geschäftsführenden Unparteiischen den Parteien bekannt zu geben. Außerordentliche Tagungen können nur nach gegenseitiger Vereinbarung angefertigt werden.

Ein weiterer Streitfall: die Beanstandung und Verweigerung der Unterzeichnung von Begründungen der Schiedssprüche wurde gegen die Meinung der

Arbeitervertreter dahin entschieden, daß Sprüche und Begründungen in Zukunft nur von den mitwirkenden Unparteiischen unterzeichnet werden sollen. Den Parteivertretern steht die Berechtigung zu, etwaige abweichende Ansichten über die Begründung protokolllarisch zu den Akten des Schiedsgerichts zu geben.

Die Erledigung dieser geschäftlichen Angelegenheiten hatten so viel Zeit in Anspruch genommen, daß am ersten Verhandlungstage von den sachlichen Streitfällen nur noch einer zur Verhandlung und Entscheidung kommen konnte. Dieser Fall betrifft Leipzig, wo zwei Baumeister bei Ausschachtungsarbeiten für Hochbauten den Arbeitern nicht den tariflichen Lohn der Bauhilfsarbeiter gezahlt hatten. Die zweite Instanz, das Schiedsgericht in Leipzig, hatte den Baumeistern recht gegeben, wobei sich die zweite Instanz irrtümlich auf die Begründung eines früheren Spruches des Zentralschiedsgerichtes, berufen hatte. Nach langen, heftigen Auseinandersetzungen der Parteivertreter und wiederholten juristischen Erörterungen der Unparteiischen wurde das Urteil des Leipziger Schiedsgerichtes aufgehoben und den Baumeistern auferlegt, den Arbeitern den zu wenig gezahlten Lohn nachzuzahlen.

Die Verhandlungen gehen weiter.

Aus dem Baugewerbe.

Gleichberechtigung. — Lohnforderungen und Warenpreis-erhöhungen. — Geräuflung der Trägerpreise. — Die Großen und die Kleinen. — Wie Terraingesellschaften Aufträge vergeben. — Verstärkter Wucher. — Vom Berliner Baumarkt. — Kurt Berndt. — Aktienrückzahlung zur Flottmachung. — Insolvenz der Fären- und Fensterfabrik Gustav Stein in Eisenach. — Sanierung der Berliner Terrain- und Baugesellschaft. — Arbeiten der Aktien-Gesellschaft für Hoch- und Tiefbauten in Frankfurt a. M. — Aus dem Bericht der Hannoverischen Baugesellschaft. — Angestrebte Erneuerung des Asphaltsubditals. — Der Dortmund Verkaufverein für Ziegeleifabrikate.

Nicht nur ausgesprochene Schamfächerorgane, sondern auch Mäler des entschiedenen Liberalismus, die die politische Gleichberechtigung der Arbeiterschaft als ein selbstverständliches Postulat zu behandeln pflegen, sehen Lohnforderungen der Arbeiterschaft mit ganz anderen Augen an, als Preisserhöhungen, die von Schiffbranten oder Lieferanten ihrer Kundenhaft diktiert werden und die sich bei starker Skarifizierung häufig durchaus willkürlich und maßlos gestalten. Selbst bei den schimmlichen Preistreibern eines Kartells oder Syndikats, wenn sich überhaupt eine Kritik dagegen erhebt, wird höchstens die Mahnung ausgesprochen, den Bogen nicht zu überspannen, da sich bei einer etwaigen Konjunkturlinderung der Rückschlag um so heftiger äußern werde. Gereizt ist gemeint der Kon, den fast die gesamte bürgerliche Presse in der Berichterstattung über Lohnbewegungen der Arbeiter anspricht, auch in den zahlreichen Fällen, in denen bei günstigerer Konjunkturgestaltung nur ein Ausgleich für frühere Lohnreduktionen erstritt wird. Daß dem Kapital, niemand das Recht zu bestreiten versucht, die Marktlage sofort zu Preissteigerungen auszunutzen, während die weit beschwerdener Ansprüche der Arbeiter gewissermaßen als gewalttätige und ungebührliche Zumutungen angesehen werden, läßt eine Voreingenommenheit erkennen, die eingewurzelten kapitalistischen Instinkten entspringt. Von derartigen Instinkten werden selbst Kreise häufig beherrscht, deren Existenz günstigstenfalls nach der Form nach als bürgerliche erscheint, die durch das Großkapital wirtschaftlich längst entzogen sind, Kreise, die ihren ganzen Lebensbedingungen nach durchaus proletarisch interessiert sind und mit der Arbeiterbewegung sympathisieren müssen.

Raum war der Stahlwerksverband verlängert worden, da schritt er auch sofort zu bedeutenden Preis-erhöhungen, die sich auf Formteile, also eiserne Träger usw. erstreckten. Die Steigerung der Formteilerpreise beträgt etwa M 4 bis M 4,50 für die Lonne, und zwar durch eine direkte Preiserhöhung um M 2,50 sowie durch Wegfall des bisherigen Rabatts, der etwa M 1,50 bis M 2 für die Lonne betrug. Von den Betrieben des Stahlwerksverbandes, die eine vorzügliche und steigende Rentabilität aufweisen, ist vor dem Preiserhöhungsbeschluß keine Verhandlung mit Baunnternehmern geführt worden, auch sind keine Anfragen über die Geschäftslage im Baugewerbe ergangen. Und kein Arbeitgeberverband erblickte darin eine „Wachfrage“, als unabänderliche Fügung wird die bedeutende Preiserhöhung hingenommen.

Mit Schamfächertraden lassen sich besonders die kleinen Unternehmer im Baugewerbe von dem Großkapital füttern, das die Kleinunternehmer doch nur als Objekte der eigenen Geschäftemacherei braucht, oder stichwortartig nachzugehen. Wie von Terraingesellschaften Aufträge vergeben werden, schildert aus Anlaß der Insolvenz einer der ältesten und angesehensten Berliner

Steinfirmen Hans Goslar im „Plutus“: „Die ausstehende Firma muß für einen gewissen Prozentsatz des ausmachenden Betrages Terrains der Gesellschaft mit übernehmen. Der Preis dieses Grundstücks wird nun meist höher bemessen, als es den realen Wertverhältnissen der in Betracht kommenden Gegend entspricht; dafür kommt man dann aber dem Baunnternehmer wieder durch Aufbesserung der Preise für den Straßenbau entgegen.“ Was wird nun hiermit bezwagt? Der Terraingesellschaft und speziell Gesellschaften, die in dem betreffenden Rechnungsjahr überhaupt noch keine Verkäufe gemacht haben, liegt daran, in der Bilanz effektive Verkäufe mit Buchgewinnen auszuweisen, zu können und gleichzeitig bei den Aktionären unter Hinweis auf den erstellten hohen Preis den Glauben zu erwecken, als ob es tatsächlich im regulären Geschäftsbetrieb möglich sei, die Terrains zu hohen Preisen abzutreten. Ein solches Vorgehen ist an sich natürlich nicht unbedingt einwandfrei, weil ja die Gesellschaft auf Grund der auf die oben skizzierte Weise gemachten Verkäufe in der Lage ist, bei Anfragen von etwaigen späteren Interessenten durch Hinweis auf die (bei dem Geschäft mit der Straßenbaufirma) früher erzielten Preise ein falsches Bild von den tatsächlichen Wertverhältnissen ihres Terrainbestandes zu geben. Was aber ferner mit dieser Praxis erreicht wird, ist eine unechtsverhältnismäßig hohe Belastung der Baufirmen mit oft unerfüllbaren Terrains. Man begreift als Nutzenstifter vielleicht nicht, wie sich überhaupt ein Ziegebauerunternehmer auf derartige Bedingungen einlassen kann, denn sein Geschäftsbetrieb verliert ja einerseits dadurch, daß er gezwungen ist, einen Teil seiner Mittel in Terrains festzulegen — Zinsverluste, Stempelkosten und zum Ausgleich erhöhten Bankkredit in Anspruch zu nehmen, sehr an Gewinnchancen. Auf der andern Seite erhält er durch den erheblichen Grundstücksbesitz bei der gegenwärtigen Verfassung des Terrainmarktes einen durchaus unerwünschten stark spekulativen und risikanten Einschlag. Man muß aber wissen, wie groß der Druck ist, der von den Terraingesellschaften auf die Bauunternehmer ausgeübt wird, die anfangs nicht auf derartige Fallstrickbedingungen eingehen wollen. Es wird stets und ständig mit den Konkurrenten operiert, die angeblich bereit sind, unter den ominösen Bedingungen zu arbeiten, und es finden sich leider auch tatsächlich — besonders aus dem Kreise der neuentstehenden Firmen, die ins Geschäft kommen wollen, oder minderwertigen, die nichts zu verlieren haben, Firmen, die unter jenen Umständen Aufträge übernehmen und auch oft genug an den übernommenen Terrains kaputt gehen.

Mit den in Zahlung genommenen Terrains wird der Unternehmer um so weniger etwas anfangen können, je schlechter die Situation auf dem Terrainmarkt ist. Die Terraingesellschaften benutzen, wie auch Goslar erwähnt, die Notlage der mit Terrains bis an den Hals vollgepfropften Unternehmer schließlich manchmal noch, um die Grundstücke zu einem Preise, der jedenfalls einen hübschen Zwischengewinn gegenüber dem Verkaufspreise lassen wird, zurückzuerwerben. Derartige Methoden werden von dem Terrainkapital nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Orten angewendet, und zwar nicht nur Straßenbaufirmen, sondern allen möglichen Lieferanten gegenüber. Sich dieser blutigen Praktiken zu erwehren, wäre für die Masse der Unternehmer sicher mühsamer, als sich unter Führung der Großschaffmacher gegen die Arbeiterschaft setzen zu lassen.

Von einem Abschlusse des Reinigungsprozesses auf dem Berliner Baumarkt kann, wie an dieser Stelle bereits mehrfach hervorgehoben wurde, noch nicht die Rede sein. Durch die Schwierigkeiten ist auch die bekannte Baufirma Kurt Berndt in Berlin in Mitleidenschaft gezogen worden, die ihren Verpflichtungen den Lieferanten gegenüber bisher voll nachkommen konnte, aber zur Erfüllung übernommener Engagements größere Mittel flüssig machen muß, wenn sie einer Zuspitzung ihrer sehr gespannten Verhältnisse entgegen will. Wie die meisten großen Baunnternehmungen Berlins, hat auch die Firma Kurt Berndt nicht nur Bauten für fremde Rechnung ausgeführt, sondern auch Bauten übernommen, an denen sie durch die Besorgung der Baugelber, Beschaffung von Hypotheken oder durch noch weitergehende Garantien dauernd beteiligt blieb. So häuften sich die Verbindlichen Verpflichtungen, deren Abwicklung durch die Verschlechterung der Berliner Baumarktverhältnisse und durch die Vornahme von Kreditsicherstellungen durch die Banken äußerst erschwert wurde. In sehr enger Geschäftsverbindung stand Berndt mit dem U. Schaffhausen'schen Bankverein, der nach eigenen Mitteilungen Forderungen in Höhe von 3 Millionen Mark gegen Berndt hat, für die Deckung in zweiten und sonstigen Nach-Hypotheken vorhanden ist. Verlust hat die Firma Berndt aus ihrem Besitz das Grundstück Ninkenstraße 3 in Berlin, und zwar an die Lindenhaus-Aktiengesellschaft, die ins Leben gerufen wurde, um für die Druckerei, Redaktion und Expedition des

„Vorwärts“ sowie für eine Reihe anderer Betriebe und Organisationen der sozialdemokratischen Partei ausreichende Unterfunktionsräume zu schaffen. Der Preis stellte sich auf 3,6 Millionen Mark, eine sofortige Barzahlung erfolgte in Höhe von M 825 000. Zur Beschaffung weiterer Mittel, die zu dem Fortbetrieb der Firma Kurt Berndt notwendig sind, schwebten Verhandlungen mit den Lieferanten und sonstigen Interessenten, insbesondere wird der Plan erwogen, die Firma in eine Aktien-gesellschaft mit einem Kapital von 3 Millionen Mark umzuwandeln, wobei die Gläubiger Aktien in Zahlung nehmen und darüber hinaus noch für die Zuführung von Barmitteln Sorge tragen müßten.

Infolge größerer Verluste durch Insolvenzen von Baunnternehmungen, besonders in Berlin, geriet die Fären- und Fensterfabrik Gustav Stein in Eisenach in Vermögensverfall. Ihre Verluste sollen in anderthalb Jahren etwa M 150 000 betragen haben. — Vollzogen ist nun die Sanierung der Berliner Terrain- und Baugesellschaft. Ein Konsortium, das aus der Deutschen Bank und dem Fürstentoren besteht, erwirbt die Forderungen der Gesellschaft an das Warenhaus Wolf Wertheim in Höhe von 10,4 Millionen Mark gegen Barzahlung. Das gleiche Konsortium zahlt an die Wostow & Knauer G. m. b. H. M 8 835 462, aus welchem Betrage Wostow & Knauer die Berliner Terrain- und Baugesellschaft in Höhe von 1,5 Millionen Mark zu betriebligen haben. Das Grundkapital wird von 18 auf 12 Millionen durch Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis von zwei zu drei herabgesetzt. In der Generalversammlung der Deutschen Bank, von der die Firma Wostow & Knauer der Berliner Terrain- und Baugesellschaft angegliedert wurde, erklärte die Direktion auf Anfrage wegen dieses Geschäfts, daß sie selbst getäuscht worden sei, da der verstorbene Herr Knauer falsche Bilanzen aufgestellt habe. Diese Behauptungen wurden von der Verwaltung der Berliner Terrain- und Baugesellschaft wiederholt.

Ueber den Umfang der neu übernommenen Arbeiten macht die Aktien-Gesellschaft für Hoch- und Tiefbauten in Frankfurt a. M., die für 1911, wie schon bemerkt, wieder 5 pzt. Dividende zahlt, in ihrem Geschäftsbericht einige Angaben. Neu übernommen und in Ausführung begriffen sind danach u. a.: die Arbeiten für den Entlastungskanal und den Hauptammekanal der Stadt Karlsruhe i. B., Kanalarbeiten für die Stadt Schöneberg bei Berlin, den Rippelbüchsig bei Wesel für das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk A. G., der Hafen am Rhein-Herne-Kanal für die Gesellschaft für Leerberwertung in Duisburg-Weiderich, in Frankfurt am Main, sind u. a. für die Voigt & Geffner A. G. die Erweiterungsbauten fertiggestellt und weitere Arbeiten in Auftrag und Ausführung genommen worden. Für die neue Gasfabrik am Dörfchen sind mehrere Bauten durch die Gesellschaft ausgeführt worden, die 1912 zur Abrechnung kommen.

Auf eine vermehrte Bautätigkeit in diesem Jahre führt die Hannoverische Baugesellschaft den bisher ungünstigeren Ablauf ihrer Ziegelei zurück, während die Asphaltwerke der Gesellschaft gegenwärtig und für die nächsten Monate gut beschäftigt sind. Ueber den Verlauf des Jahres 1911, das die Gesellschaft bei einem Kostenergebnis von M 193 829 mit einem Verlust von M 13 800 abschließt, teilt die Verwaltung mit, daß, abgesehen von einigen kleinen Grenzarrangierungen, Verkäufe von Grundstücken im Berichtsjahre nicht stattfanden. Die Produktions- und Absatzverhältnisse der Ziegeleiwerte waren, wie weiter ausgeführt wird, etwas besser, der Absatz aber sehr bescheiden. Ueber die Verhältnisse im Hauptgeschäftszweig der Gesellschaft, in der Asphaltbranche, schreibt die Verwaltung im Geschäftsbericht folgendes: „Die Gesamtlage der Asphaltbranche hat sich allmählich derartig gestaltet, daß weitere Verhandlungen der Interessenten unerlässlich sind. Wenn auch im Berichtsjahre noch keine wesentlichen Erfolge zu verzeichnen waren, so bricht doch die Ueberzeugung von der Nützlichkeit einer Einigung immer mehr durch. Dieser Umstand läßt auch erhoffen, daß die in Aussicht stehenden Verhandlungen zur Erneuerung des demnächst ablaufenden Asphaltsubditals zu einem erfolgreichen Ziele in Gestalt eines engeren Zusammenschlusses führen werden.“

Einen engeren Zusammenschluß fordert auch der Dortmund Verkaufverein für Ziegeleifabrikate in seinem Geschäftsbericht, der für 1911 einen Absatz von 119 886 146 Steinen gegen rund 68 500 000 und 78 000 000 Steinen in den beiden Vorjahren angibt. Angehts dieser ganz enorm gestiegenen Produktion sind die Klagen über billige Steinpreise nicht allzu tragisch zu nehmen; denn durch diese Absatzzunahme dürfte selbst eine Preisermäßigung reichlich wett gemacht worden sein.

Ein Beitrag zur französischen Arbeiterbewegung.

Wenn ein mit der deutschen Arbeiterbewegung vertrauter deutscher Arbeiter nach Paris kommt, der in deutschen Zeitungen gelegentlich einen Bericht über die französische Arbeiterbewegung im allgemeinen und einzelne Kämpfe im besonderen gelesen hat, dann wird er gewöhnlich enttäuscht sein von dem, was er hier wirklich findet. Hinter den Begriffen Republik und Freiheit vermutet er so ein kleines Dorado, das sich die Arbeitererschaft geschaffen habe. Vielleicht hat er gelegentlich in einer Zeitung einen Aufruf gelesen, den die Führer der Arbeiterorganisationen erlassen haben, um die Arbeiter zum Kampf anzufeuern. Er mißt dann unwillkürlich die hier gebrauchte Sprache an dem, was in der deutschen Arbeiterbewegung unter ähnlichen Umständen üblich ist, und danach kann man allerdings zu der Ansicht kommen, daß die Partijer Arbeiterbewegung vor der deutschen verschiedene Vorzüge voraus hätte. Wenn man aber das, was in den Zeitungen geschrieben wird, unberücksichtigt läßt und nur das in Betracht zieht, was in Wirklichkeit praktisch durchgeführt ist und täglich durchgeführt wird, dann verschwindet sofort der Schein, der jene revolutionären Worte umgibt, und die Frage drängt sich auf: Warum der Unterschied zwischen Theorie und Wirklichkeit? Aber selber geben sich nicht viele Arbeiter, die diese Frage für sich aufwerfen, die sie, sie so zu studieren, daß sie sich über die Ursachen dieser anders garteten Verhältnisse völlig klar werden. Wie viele deutsche Arbeiter, die in ihrem Heimatland ihre Verpflichtungen gegen die Organisation erfüllt haben, werden hier von den neuen Verhältnissen, von dem sie umgebenden Wirkraum einfach erdrückt. Sie vergessen allmählich alles, was sie vorher von der Arbeiterbewegung kennen gelernt haben, vernachlässigen ihre Pflichten und geben der Organisation für immer verloren. Sie verlieren den Glauben an sich selbst und verzweifeln an dem Aufstieg ihrer Klasse. Und das alles, weil sie in Verhältnisse hineinkommen, die ihnen als ein Rückschritt erscheinen, weil sie sich nicht erklären können, weshalb die Organisationsverhältnisse hier noch so unklar und unentwickelt sind.

Die Industriearbeiter als Klasse haben im Wirtschaftskreis Frankreichs noch nicht die große Bedeutung wie in Deutschland. Der Mittel- und Kleinbesitz spielt im französischen Wirtschaftskreis noch eine viel größere Rolle als in Deutschland, was zur Folge hat, daß das Industrie proletariat als Klasse noch nicht so selbständig denkt, und so geschlossen handelt wie die deutsche Arbeitererschaft. Es drängen sich eben drei Massen der französischen Arbeitererschaft die Klassen gegenüber noch nicht so klar auf wie der deutschen. Einen sehr großen Teil der Bevölkerung stellt der landwirtschaftliche Mittel- und Kleinbesitz. In den Städten ist der Kleinhandwerker und Krämerstand sehr stark vertreten. Diese Schichten haben nun den Großbesitz als Konkurrenten, von dem sie verdrängt und ins Proletariat hineingestoßen zu werden fürchten. Dieser Tendenz suchen sie durch ihren politischen Einfluß im Parlament, durch die Gestaltung der Gesetzgebung entgegenzuwirken. Weil diese Mittelschichten ihrer Zahl nach sehr stark sind, ist jener politische Richtung, die das Bestreben hat, den Kleinbesitz lebensfähig zu erhalten, ein starker politischer Einfluß gesichert. Der erstrebte Zweck kann dadurch erreicht werden, daß man es den Besitzern von Kapitalien ermöglicht, ihr Geld irgendwo im Ausland zinsbringend anzulegen, um die Ansammlung sehr großer Industriekapitalien im eigenen Lande zu verhindern. Damit wird der Kleinbesitz im eigenen Lande gesichert, er kann nicht von Großbetrieben erdrückt werden; seine überschüssigen Gelder kann er durch die Vermittlung der Banken ins Ausland abschieben und dafür die sicheren Renten einziehen.

Der französische Kleinbesitzer hat das Bestreben, dem industriellen Arbeiter gegenüber möglichst harmlos zu erscheinen, damit dieser nicht rebellisch wird. Er kann gegen das Finanzkapital radikale Töne anschlagen, um die Arbeiter einzulullen, damit sie nicht anfangen, selbst zu denken, und damit sie sich leichter einfangen und vor den Karren des Kleinbesitzes spannen lassen. Dem Arbeiter, der das ziemlich bequäme Leben des Kleinbesitzers kennt, erscheint es nicht sehr schwer, sich zu einem solchen Kleinbesitzer aufzuschwingen, da er keine allzu großen Mittel dazu nötig hat. Er, der mit seinem Kleinrentner zusammen an ein und derselben Arbeit steht, fühlt und denkt nicht viel anders als der Unternehmer.

Ein solches Verhältnis ist unmöglich bei Betrieben, deren Inhaber dem Arbeiter vielleicht nur dem Namen nach bekannt sind. In solcher Betrieben sieht der Arbeiter ohne weiteres, daß er nicht in die Stelle seines Arbeitgebers aufsteigen kann. Er sieht viel klarer die breite Kluft zwischen sich und dem Unternehmer, und seine eigene ohnmächtige Lage kommt ihm viel klarer zum Bewußtsein. Er weiß, daß er höchstens die Möglichkeit hat, einen kleinen untergeordneten Posten zu erhalten. Solche Posten sind jedoch nicht sehr viele zu vergeben, und die wenigen werden obendrein nur solchen Personen anvertraut, die es verdienen, sich beim Unternehmer auf irgendeine Art beliebt zu machen. Damit ist für jeden Arbeiter mit normalem Verstand und ehrlichem Charakter seine gesellschaftliche Stellung ohne weiteres gegeben. Er weiß, daß es für den Einzelnen kein Entkommen aus dieser modernen Sklaverei gibt, sondern daß alle Arbeiter gemeinsam arbeiten müssen an der Befreiung aller. Daher ist sein Bestreben nicht, eine Kleinbesitzerliche Existenz zu gründen, sondern die Arbeit zu erlernen, mittels deren er dem heutigen System über-Vollstabilität seine Erde machen kann. Er, der von einem Betrieb

in den andern geholt wird, wird das Bedürfnis empfinden, ein Band der Solidarität zwischen sich und den vielen andern Arbeitern herzustellen, unter die er jeden Tag hineingeworfen werden kann. Er wird für sich und seinesgleichen Organisationen schaffen, die ihm eine Verbesserung seiner Lage ermöglichen, und er wird diese Organisationen so auszubauen suchen, daß es einst möglich wird, die Großbetriebe, in denen er heute nur ein Sklave von untergeordneter Bedeutung ist, zum Gemeineigentum für alle zu machen, die durch ihrer Hände Fleiß den Betrieb ermöglichen.

Freilich, ehe es soweit kommt, muß der moderne im Großbetrieb beschäftigte Arbeiter manches Unangenehme über sich ergehen lassen. Er sieht der Betätigung seines persönlichen Geschmacks, der Ausbildung seiner individuellen Anlagen sehr enge Grenzen gezogen. Er untersteht dem Vorgesetzten, der auf die individuelle Veranlagung des einzelnen keine Rücksicht nehmen kann, sondern die ihm unterstellten Arbeiter nach einer Schablone behandelt. Paßt der einzelne Arbeiter nicht in diese Schablone, dann wird er eben auf die Straße geworfen. Daher muß sich der Arbeiter innerhalb des modernen Großbetriebes allmählich daran gewöhnen, seine eigenen Wünsche zu unterdrücken und die Betätigung im Sinne seiner individuellen Veranlagung zu beschränken. Dadurch wird er in sehr hohem Maße zur Eingliederung in eine straffe Organisation vorbereitet. Sein Denken wird nicht so stark von so vielen untergeordneten, persönlichen Kleinigkeiten beeinflusst. Er erkennt, daß ihm jede größere Entwicklungsmöglichkeit genommen ist, weil er unter der Peitsche des Kapitalismus steht, sei es in diesem oder in jenem Betriebe. Die klare Erkenntnis dieser seiner Lage weist ihm den Weg und die Mittel zu seiner Befreiung: Die Organisation.

Wo der Arbeiter dagegen von Verhältnissen umgeben ist, die ihm eine Entwicklung und ein Emporkommen des einzelnen als möglich erscheinen lassen, dort wird er sich gegen jede Beschränkung seiner individuellen Freiheit wehren. Er wird versuchen, sich innerhalb der ihm gezogenen Grenzen zu entwickeln. Dadurch wird seine ganze Gedankenfähigkeit in Anspruch genommen; seine Mitarbeiter erscheinen ihm als Konkurrenten, die ihn an seinem persönlichen Aufkommen hindern können. Er wird versuchen, die ihm entgegenstehenden Hindernisse zu überwinden oder zu umgehen, während der Arbeiter der hochentwickelten Großindustrie weiß, daß ihm die Möglichkeit der Entwicklung nur gegeben ist mit Hilfe der Organisation. Die Frucht seiner persönlichen Betätigung sieht er in den Fortschritten, der Entwicklung seiner Organisation; ihre praktischen Erfolge bilden für ihn die Anerkennung seiner Betätigung, und wo ein Erfolg nicht erzielt worden ist, da sieht er ein, daß die Organisation noch zu schwach ist und daß ein Erfolg nur durch noch intensivere Anstrengungen innerhalb der Organisation erreicht werden kann. Eine Niederlage wird für ihn nur der äußeren Anlaß bilden, seine Anstrengungen zu erneuern und mit noch größerer Energie an dem Ausbau seiner Organisation mitzuwirken.

Politische Umschau.

Bundesrat und Reichstag. — Wie kann sich der Reichstag abtun? — Die sozialdemokratische Fraktion des Landtages in Meckl. — Die Landtagswahlen im Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt. — Ein neuer ordnungspolitischer Don Quijote.

Auf innerpolitischen Gebiet hat die letzte Woche nichts gebracht, das ein besonderes Interesse hätte. Oder ist es außerordentlich und überraschend, daß der Bundesrat einer ganzen Reihe von Forderungen des Reichstages seine Zustimmung verweigert? Gewiß nicht! Das ist ja eine der markantesten Begleiterscheinungen unseres Reichsparlamentarismus, daß der Bundesrat Wünschen und Beschlüssen des Reichstages gegenüber sein „Unannehmbar“ spricht. Dazu hat er ja allerdings nach der Reichsverfassung ein Recht. Reichstagsbeschlüsse, denen er nicht zustimmt, haben keine verfassungsrechtliche Sanktion. Aber diese Eintrichung ist in jeder Hinsicht höchst bedenklich. Sie widerspricht dem Begriff des wahren Parlamentarismus. Durch sie kann der Bundesrat Reformen auf allen Gebieten, die der Reichstag als notwendig anerkannt hat, verhindern. Es ist das ein Zustand, der in demselben Maße den Aufgaben und dem Ansehen des Parlamentes wie dem Volksinteresse widerstrebt, als die Notwendigkeit, Reformen der verschiedensten Art durchzuführen, immer dringlicher wird. Deshalb muß sich das Bestreben, aller freiheitlichen Elemente immer energischer darauf richten eine Änderung der Reichsverfassung herbeizuführen, wonach der Bundesrat verpflichtet ist, allen Beschlüssen des Reichstages unbedingt Rechnung zu tragen. Freilich, das ist eine Reform im demokratischen Geiste, der von den reaktionären Gewalten und Parteien gehäßt und bekämpft wird als der Inbegriff alles „Anheiß“, als der Geist des „Antritts“. Aber er ist doch der Geist des Fortschrittes; der Geist, der das Volk und seine berufene Vertretung befreit von der Bedrückung, durch den Geist der Reaktion. Wohl wird er noch schwere Kämpfe zu bestehen haben, um die Herrschaft dieser wirklichen Macht des Anheiß und des Verderbens zu überwinden. Aber gelingen wird ihm dieser Sieg ganz gewiß, und zwar um so schneller und gründlicher, je mehr er selbst der Geist des Volkes wird. Natürlich wird der Kampf wesentlich auf parlamentarische Gebiete seine Entscheidung finden. Und diese Entscheidung enthält eine

strenge Mahnung an die Volksmassen, unausgesetzt darauf bedacht zu sein und darauf hinzuwirken, daß eine starke, in ihren Grundzügen und in ihrem Wirken konsequente und unerschütterliche Mehrheit da ist, die sich beherrschende Obergewalt von Seiten der Regierung nicht gefallen läßt, die um des Volksinteresses willen für ein wirklich parlamentarisches Regiment eintritt, und die entschlossen ist, dieses Recht unter allen Umständen zu erkämpfen. Dazu kann und muß, wenn die verbündeten Regierungen sich nicht freiwillig zu dieser Verfassungsreform befennen, eine freiheitliche Mehrheit rücksichtslos und entschlossen Gebrauch machen von dem Recht, das Budget zu verweigern, der Regierung keine Ausgaben, keine Steuern zu bewilligen, um die herrschenden Faktoren zu zwingen, den Volksinteressen und den auf ihre Wahrung und Förderung gerichteten Wünschen und Beschlüssen des Reichstages gehörend Rechnung zu tragen. In dem jetzigen Zustand erscheint der Parlamentarismus ja geradezu nur als ein Faktor, der die Aufgabe hat, zu allen Forderungen der Regierung unbedingt Ja und Amen zu sagen. Darüber hinaus ist den reaktionären Gewalten der Reichstag nur ein lästiger Dränger und Mäher und Bittsteller.

Abgelehnt hat der Bundesrat jetzt u. a. die vom Reichstag mit erdrückender Majorität erhobene, durchaus notwendige Reform des militärischen Wehrvertragsrechts und des ehrengerichtlichen Verfahrens gegen Offiziere zwecks Verhinderung des verbrecherischen Injuzens der Offiziersduelle. Diese Forderungen hat der Reichstag im Laufe der letzten Jahre schon oft erhoben und immer, wie auch jetzt wieder, hat der Bundesrat darauf mit seinem kategorischen „Unannehmbar“ geantwortet, ohne dafür auch nur die geringste Begründung beizubringen oder beibringen zu können. Man weiß ja allerdings, daß die „maggebenden“ Faktoren der unerhörten Ansicht sind, das Offiziersduell sei eine durchaus berechtigte und nicht zu entbehrende Betätigung der militärischen Standesehre, eine Auffassung, die allen Erwägungen und Geboten gesunder Vernunft und Moral und obendrein den bestehenden Gesetzen schneidendohn spricht. Das geltende Strafrecht behandelt den Angriff mit Waffen auf einen Menschen zum Zwecke der Tötung oder Körperverletzung als ein Verbrechen. Den Offizieren aber wird die Begehung dieses Verbrechens zur standesgemäßen Pflicht gemacht, — ein Privileg, das unserer Staats- und Gesellschaftsordnung zu ganz besonderer Schande gereicht.

Abgelehnt hat der Bundesrat weiter eine mit großer Mehrheit gefaßte Resolution des Reichstages, die einen Ausgleich für die den Postunterbeamten bei der sogenannten „Reinigungsreform“ entstandenen Härten und Ungerechtigkeiten fordert. Abgelehnt hat er auch die Forderung, den älteren Post- und Telegraphenassistenten A 300 Zulage zu gewähren. Abgelehnt auch das dringliche Verlangen, die in den Eisenbahnbetrieben beschäftigten Arbeiter der Gewerbeordnung zu unterstellen. Auch das vom Reichstag geforderte Hüttenarbeiterausgleich sowie eine Bundesratsverordnung zum Schutze der Arbeiter in der Zelluloseindustrie hält der Bundesrat für überflüssig. Diese hohe auf das Staatsprinzip eingeschworene Höflichkeit ist auch der Meinung, daß die vom Reichstag gewünschten Sanabelinspektoren überflüssig sind und daß ein Verbot der Beschäftigung Jugendlicher unter Tage entbehrlich ist. Ebenso wenig oder noch viel weniger kann überraschen, daß der Bundesrat die Forderung des Reichstages abgelehnt hat, ihm einen Gehaltentwurf vorzulegen, der den Reichstanzler für seine Amtsführung dem Reichstag verantwortlich macht und ihn einem Staatsgerichtshof unterwirft sowie die Verantwortlichkeit des Reichstanzlers auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers ausdehnt. Die erschöpfende Debatte, die im Reichstag über diese ersten und wichtigsten Fragen geführt worden sind, haben mit den denkbar stärksten Gründen die unbedingte Notwendigkeit ihrer Lösung in dem vom Reichstag beklundeten Sinne erwiesen. Aber daß sich der Bundesrat diesen Gründen fügen würde, erschien nach der Stellungnahme der Regierungsvorsteher im Reichstage zu der ganzen Frage von vornherein als gänzlich ausgeschlossen.

So hat der Bundesrat das verhältnismäßig wenige Gute, das der neue Reichstag aus eigener Initiative herbeiführen wollte, mit seinem kurzen „Unannehmbar“ zurückgewiesen, was einer Ignorierung des Guten und Notwendigen gleichkommt, für die man sich ganz gewiß nicht auf das Volk und seine Anschauungen und Wünsche berufen kann. Der Bundesrat arbeitet eben streng und gewissenhaft nach preußischem Muster, und nach diesem Muster hat sich auch die Regierung des Zwergstaates Meckl. jüngere Linie bewährt, in dessen Haupt- und Residenzstadt Gera die Sozialdemokraten die Mehrheit in der Gemeindevertretung haben und deshalb in die Lage kamen, ihre Vertreter in den Stadttag zu wählen. Aber wie in Preußen und andern deutschen Bundes- und Reichsstaaten, so bedürfen auch in Meckl. die gewählten Stadträte der Bestätigung durch die Regierung. Diese wurde den sozialdemokratischen Stadträten kurzweg verweigert. Aber die sozialdemokratische Landtagsfraktion interpellierte deshalb die Regierung, und wie nicht anders zu erwarten, gab der Regierungsvorsteher, ein „Gehemer Staatsrat“ namens Nudelsch, die Erklärung ab: es sei „Pflicht“ der Regierung, zu verhindern, daß die bestehenden staatlichen Verhältnisse durch die Sozialdemokratie unmittelbar oder auch

boren am 23. März 1885 zu Mondschütz, eingetreten am 18. Mai 1911.

Die Namen der Kollegen, die wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekanntgegeben.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen werden vom Zweigverein G. Albertstadt: Herm. Stolberg, geboren am 6. November 1890 zu Heiligenthal (225 340) und Karl Stolberg, geb. 23. Januar 1892 zu Heiligenthal (224 519); vom Zweigverein Nürnberg: Ulrich Giesler von Gerschwand.

Zweckdienliche Mitteilungen bitten wir an den Vorsitzenden des betreffenden Zweigvereins gelangen zu lassen. Der Vorstand.

Lohnbewegungen und Differenzen.

Deutschland:

- Backnang i. Würtemb. Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter.
Bebra. Streik.
Bernburg-Gräna. Sperré über die Firma Fischer & Hagengut (Ziegeleibau).
Bernsdorf. Sperré über den Unternehmer Schneider.
Bordesholm, Voerde und Umgegend. Aussperrung.
Borkum. Differenzen.
Bütow. Sperré über die Firma Körner (Norddeutsche Bau-Aktiengesellschaft).
Coburg. Streik.
Cöln. Gesperrt sind die Betonarbeiten der Firmen Gebr. Schömer und Hüfer bei der Herstellung des neuen Bahnkörpers, die Erdarbeiten des Unternehmers Besser am Fort Nüssenberg.
Dömitz. Sperré über die Unternehmer Holzgreve, Groth und Torney.
Dresden. Sperré über Burmeister & Weiß. (Firma für Kühlanlagen).
Düsseldorf-Land. Streik in Benrath.
Eilenburg. Sperré über die Celluloidfabrik.
Eisenach. Sperré über die Firmen Wilhelm Baum und Heinrich Buchenau in Herleshausen.
Eydtkühnen. Differenzen für Maurer und Putzer bei der Firma Heiser.
Geseke i. Westf. Streik.
Giessen. Sperré über die Firma Kröck & Nosseldreher in Heuchelheim.
Gräfenthal. Sperré über die Firma Gruber.
Greifswald. Sperré über das Baugeschäft H. Medenwald.
Gross- und Klein-Besten. Sperré über die Arbeiten des Unternehmers A. Wiemann.
Gross-Umstadt. Lohnendifferenzen.
Güsten. Sperré über die Firma Burau.
Gützkow. Sperré über die Firma Peters.
Horst i. H. Sperré bei dem Unternehmer W. Schmidt auf Hahnenkamp.
Iochtershausen. Streik bei der Firma Franz Mascher.
Jarmen. Sperré über die Firma Brandt.
Landsberg a. d. W. Sperré über den Unternehmer Schulz in Zantoch.
Lehesten. Streik.
Leipzig. Sperrén über die Bauten der Eisengießerei Becker & Co. in Leipzig-Leutzsch, Hohe Straße, über die Bauten der Unternehmer Hennig und Beyer in Sellaerhausen, Paulinenstraße, sowie über die Firmen Maschinenfabrik Karl Krause, Leipzig-Anger, Zweinaudorfer Strasse, und Bernhard, Leipzig, Hardenbergstr. 46.
Lyck. Sperré über den Unternehmer Rinio.
Magdeburg. Streik auf dem Krupp-Gruson-Werk.
Minden. Streik bei der Firma Held & Franke am Bau des Mittellandkanals.
Mühlheim a. Inn. Streik.
Mühlheim-Oberhausen. Sperré über das Stahlwerk Thyssen.
Nannhof. Sperré über Ebert & Hietschold.
Neustadt a. H. Sperré über das Asphaltgeschäft von Ludwig Mattern.
Nordenham. Aussperrung wegen Nichtanerkennung des Arbeitsnachweises.
Nürnberg. (Steinholzer) Sperré über die Firma Leikam.
Oberberg i. d. Mark. Streik.
Podjechn. Sperrén über die Firma Köhnemann.
Pritzerbe. Streik.
Reichenbach i. Vgh. Streik in Cunsdorf.
Rotenburg i. Hannover. Sperré über die Arbeiten der Unternehmer A. Junk und Wedekind.
Rügenwalde. Sperré über die Firma Papenfuß.
Schönfliess. Streik.
Schweinfurt. Sperré über die Eisenbetonbaugesellschaft Ruffinhaus aus München.
Schwersinn b. Posen. Sperré über die Firmen R. Iwan und A. Höfig.
Schwerte i. Westf. Sperré über den Unternehmer Zeuch.
Sensburg. Streik.
Singen. Streik.
Sorau. Streik.
St. Margarethen. Aussperrung.
Stettin. (Maurer) Sperré über das Eisenwerk „Kraft“ in Stolzenhagen-Kratzweck.
Stralsund. Sperré über die Firma Range wegen Einführung der Akkordarbeit.
Tengen (Zweigverein Löhne). Streik.
Thron. Sperré über die Firma Sawatzki aus Briessen.
Tuttlingen. Streik.
Wahlitz. Sperré über den Unternehmer Bärghardt aus Steingrimma.
Westerstede. Streik.
Wismar. Sperré über das Tiefbaugeschäft Nikolai & Wendler.
Zinnowitz. Sperrén über die Arbeiten der Unternehmer Johann Hoppach, Carl Sadowasser, Otto Jahnke, Hermann Schumann, Rudolf Emke und Carl Mäcke in Zinnowitz und Wilhelm-Schmidt, Johann Labahn und Rudolf Parlow in Kosorow.

Fliesenleger und Terrazzoarbeiter:

- Bochum. Sperré über die Firma Werringerloer.
Cöln. Sperré über den Zwischenmeister Peter Goscher, über die Plattenfirma Hrb. Wolf in Lindenthal.
Dortmund. Sperré über die Zwischenmeister Lilienthal und Sommerstein in Barop bei Dortmund.
Essen. Sperrén über alle Arbeiten der Firma Lange sowie der Zwischenmeister Seinsor und Dietrich Kuhn.
Hamburg. Sperré über die Firma Aug. Hoehne Söhne.
Hanau. (Terrazzoarbeiter) Streik.
Mannheim-Ludwigshafen. Sperrén über die Firma Fuchs & Priester sowie über den Zwischenmeister Gustav Rost.
Mühlheim a. d. R. Sperré über alle Arbeiten der Firma Krämer.

Gips- und Stukkateure:

- Bremen. Streik.
Breslau. Sperré über die Firma Simlinger & Gode.
Bruchsal. Sperré über die Firmen H. Knoch, Franz Glück und B. Rullmann.
Cöln. Sperré über das Stuckgeschäft von Linden in Opladen.
Karlsbad i. B. Sperré über die Firma Holub.
Kattowitz. Gesperrt wegen Lohnendifferenzen sind die Firmen Beulich-Gleiwitz, Koppenhöfer-Beuthen, Baron-Königshütte und Pietruschka-Laurahütte.
Kempten. Sperré bei der Firma Menninger.
Lörrach. Sperré über die Firma Walber.
Mühlheim a. Rh. Sperré über die Arbeiten des Unternehmers Vosen.
München. Sperré über die Firma Fratton & Sellmaier.
Osnabrück. Sperré über die Firmen Pernot und Brouwers.
Schlotstadt. Sperré über die Firma Bertele.
Stuttgart-Nürtingen. Streik der Gips-er.
Tuttlingen. Streik.
Luzern (Schweiz). Streik der Gips- und Stukkateure.

Isolierer und Steinholzleger:

- Berlin. (Steinholzleger) Sperré über die Brandenburgischen Steinholzwärke.
Cöln. (Steinholzleger) Sperrén über die Eubelit-Werke (Vertreter: D. Deppe in Cöln), Korkelit-Werke von D. Deppe und Heinrichs.
Dresden. Sperré über Reinhold & Co.
Düsseldorf. (Steinholzleger) Sperré über Nülle & Otto, Kettentheil-Eisenach, Zweiggeschäft Düsseldorf und Barmen.
Eisenach. (Steinholzleger) Differenzen mit der Firma Otto Kettentheil.
Leipzig. (Steinholzleger) Sperré über die Firma Emil Köllner, Asphaltwerk, Plönerweg.

Oesterreich:

- Görs, Klattau, Mies, Trautenu, Strakonitz, Zwitau. Streik.

Arbeitsmarkt.

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in Bremen, Cuxhaven, Dortmund, Emben, Fleisburg, Hovenham, Nürnberg, Oldenburg i. G., Schleswig, Stade, Vegesack und Wilhelmshafen haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

Gau Berlin.

In Sorau haben am 3. Juni die Maurer und Hilfsarbeiter die Arbeit eingestellt. Der alte Tarifvertrag sollte am 1. April ablaufen, deshalb wurde den Unternehmern im Januar eine Forderung von 8 1/2 Lohnerhöhung übermitteln. Im März wurde der Zweigvereinsvorstand zu einer Verhandlung geladen. Die Unternehmer verlangten aber, daß die Hilfsarbeiter nicht an der betreffenden Sitzung teilnehmen sollten. Das lehnten unsere Vertreter ab und die Sitzung verlief resultatlos. Einige Wochen später übermittelten uns die Unternehmer einen Vertragsentwurf, der für Maurer einen Lohn von 42 1/2 und für Hilfsarbeiter 5 1/2 bis 6 1/2 vorsah. Dieser Lohn sollte vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1914 gegolten werden. Gleichzeitig sollten die heißen Stunden an den Sommerabenden und die anderthalb Stunden vor den hohen Festen nicht mehr bezahlt werden. Die scheinbar vorgeschlagene Lohn-erhöhung von 2 1/2 für Maurer und 1 1/2 für Hilfsarbeiter wäre in der Praxis also um einen halben Pfennig geringer gewesen, so daß die Hilfsarbeiter ganze 29 1/2 und die Maurer 45 1/2 pro Woche erhalten sollten. Der Vertragsentwurf der Unternehmer wurde abgelehnt und um weitere Verhandlungen nachgesucht. Die Unternehmer haben jedoch auf der Freirenannt bestimmte Endtermine bei ihren Arbeiten eingehalten, die auf den 15. Juni und 1. Juli festgesetzt sind. Deshalb zogen sie die Verhandlungen immer wieder hinaus. Trotz dringender Mahnung unserer Verbandsleitung, die Verhandlungen noch vor Pfingsten zu beenden, lehnten die Unternehmer eine Beschleunigung ab. Sie wollten sich die Festfreude der Schützenwoche nicht mit solch unangenehmen Dingen verderben. Das hat der Gehül unser Kollegen den letzten Meß gegeben. Sie legten einmütig die Arbeit nieder. Arbeitswillig hat nur einige Poliere, die aber bei den dringenden Arbeiten ein völlig ungenügender Ersatz sind. Die Unternehmer werden durch Annonen Maurer zu bekommen fügen. Wir er-suchen deshalb dringend, vorläufig Sorau und seine Um-gebung streng zu meiden. In Pritzerbe wurde am 3. Juni die Arbeit ebenfalls eingestellt. Am 6. Juni wurde zweimal verhandelt. Nach längerem Sträuben, erklärten sich die Unternehmer bereit, sofort 3 1/2 und am 1. April 1913 nochmals 3 1/2 Lohnaufbesserung zu zahlen, so daß dann ein Stundenlohn von 46 1/2 gezahlt wird. Ferner wurden Anzahlungen von 3 und 5 1/2 zugestanden, so daß hier in kurzer Zeit ein günstiger Erfolg erreicht wurde. Alle Unternehmer, mit Ausnahme der Firma D. Köpfer, erklärten sich zur Unterschrift des Vertrages bereit. Bei dieser Firma mußte deshalb von einigen Kollegen noch

weiter gestreift werden. Offenlich gelingt es aber, auch diesen Herrn bald eines Besseren zu belehren. Der Unternehmer Wiemann aus Gr.-Köriz führt in Groß- und Klein-Beiten Bauten aus. Er ist Verbandsmitglied der Arbeitgeber im Regierungsbezirk Buxtehude. Trotzdem erkaufte er sich den Vertragslohn zu fügen. Unsere Mitglieder legten am 3. Juni die Arbeit nieder und verhängten über diese Bauten die Sperré. In Cuxtrin streifen die Zementarbeiter der Firma Hoffmann, weil ihnen eine Lohnerhöhung von 5 1/2 nicht bewilligt wurde. Es kommen nur acht Mann in Frage, die trotz ihrer geringen Zahl bisher in drei Rohnklassen entlohnt wurden. Wenn auch hier strenge Solidarität gelohnt wird, ist zu erwarten, daß B. sich doch herbeilassen, gelobt wird, mit der Organisationsleitung über die Beilegung des Streits zu verhandeln, wozu er sich jetzt durchaus nicht verstehen will.

Gau Cöln.

Aus Düsseldorf schreibt man uns: Am 4. Juni, abends, legten sämtliche Maurer und Bauführer in Ben-rath a. Rh. die Arbeit nieder, weil sich die dortigen Unter-nehmer weigern, den schon seit 1910 bestehenden Tarifvertrag anzuerkennen. Das heißt, sie wollen den seit 1. April dieses Jahres gültigen Tariflohn von 66 1/2 für Maurer und 56 1/2 für Bauführer nicht bezahlen, sondern nur 64 respektive 54 1/2. Außerdem ist ihnen die tariflich fest-gelegte Arbeitszeit von neuneneinhalb Stunden pro Tag zu kurz. Sie verlangen, daß zehn Stunden gearbeitet werden soll. Dieses tarifbrüchige Verhalten begründen sie mit der Ausrede: Wir sind nicht mehr Mitglieder des Arbeit-geberverbandes, deshalb hat auch der Tarifvertrag für uns keine Gültigkeit. Außerdem haben wir 1910 als Mitglieder des Arbeitgeberverbandes gegen den Tarifabschluß ge-stimmt. Eine nähere Aufklärung ist bei den Unternehmern über die Umgestaltung des Tarifvertrages bis jetzt wohl kaum dazugekommen. Offenlich werden die Unternehmer durch den nunmehr entbrannten Kampf recht bald eines Besseren belehrt. Die Haltung der Streikenden ist gut. Wenn sie so bleibt, werden die Unternehmer von Benrath wohl über den Tarif anerkennen müssen, obgleich sie 1910 als Mitglieder des Arbeitgeberverbandes dagegen ge-stimmt haben und momentan nicht mehr Mitglieder ge-nannter Organisation sind. Die umliegenden Zweigvereine werden erucht, jeglichen Bezug nach Benrath streng fernzuhalten.

In den Vertrag für Troisdorf, Zweigverein Bonn, ist nunmehr auch Siegburg mit aufgenommen worden. Die dortigen Unternehmer haben sich dem Arbeitgeberbund angeschlossen, der den Vertragsabschluss vollzog. Der Vertrag gilt bis 31. März 1913.

Gau Dortmund.

Bei der Firma Geld- & Franke, Aktien-Gesellschaft, Berlin, die zurzeit in Minden Arbeiten am Mittelland-kanal ausführt, stehen seit 4. Juni sämtliche Arbeiter (Erb-arbeiter, Maschinenisten, Heizer und Werkstellenarbeiter) im Streik. Beteiligt sind an der Arbeitseinstellung ins-gesamt 420 Mann, davon 43 Maschinenisten und Heizer, die übrigen Erdarbeiter. Ursache des Streiks ist das ab-lehrende Verhalten der Firma gegenüber den bestehenden Forderungen der Arbeiter. Verlangt wurde für Erb-arbeiter eine Erhöhung des Stundenlohnes von 88 auf 43 1/2, Einhaltung der zehneinhalbstündigen Arbeitszeit und Zahlung eines Zuschlages für notwendige Überstunden-, Nacht- und Sonntagsarbeit. Die Forderungen des Maschinenpersonals waren ungefähr die gleichen, doch waren sie den Erfordernissen des Betriebes angepaßt. Unser gemeinames Schreiben vom 8. Mai, in dem der Firma die Forderungen unterbreitet wurden, und ein zweites Schreiben vom 25. Mai wurden nicht beantwortet. Bei der persönlichen Vortellung der Organisations-vertreter am 3. Juni wurde von dem leitenden Obergerieur erklärt, daß die Firma nicht geneigt sei, den Arbeitern irgendwie entgegenzukommen, weil sie nach nicht möchte ob bei der betreffenden Arbeit auch etwas verdient werde. Da die Arbeiter von dieser Antwort nicht befriedigt waren, so beschloßen sie am 3. Juni in abes Versammlungen gegen sieben Stimmen den Streik. Zurzeit, wo wir diesen Bericht schreiben, arbeiten alle Maschinen und zwei Werkstellen-arbeiter sowie 22 Italiener, außerdem einige Bauarbeiter als „Arbeitswillige“. Die Italiener haben die Arbeits-einstellung für Sonnabend den 8. Juni, bestimmt ver-prochen. Nun wendet die Firma das Geld, das sie den Arbeitern nicht geben wollte, dazu an, um von ihnen Auf-sehern usw. Streikbrecher anwerben zu lassen. Von den Streikenden sind bisher circa 150 Mann abgereist. Die Zweigvereinsvorstände überall werden ersucht, falls in ihrem Gebiet der Versuch gemacht wird, Maschinenpersonal oder Erdarbeiter anzuwerben, die dortigen Kollegen zurück-zuhalten oder, wenn dieses nicht möglich ist, sofort tele-graphisch Nachricht an den Kollegen Erik Schiwer, Minden i. W., Hermannstraße 3, gelangen zu lassen.

Gau Erfurt.

Aus Leheften schreibt man uns: Die Lohnforderung, die wir am 1. Juni einreichten, haben die Meister ab-gelehnt. Unser Komitee beschloß noch am 3. Juni, mit den Meistern einig zu werden, diese fanden sich aber zu keinen Zugeständnissen bereit. Darauf beschloß eine Ver-sammlung mit 24 gegen 6 Stimmen den Streik. Nach dem Streikbeschlusse meldeten sich noch sieben Mitglieder. Die Unternehmer versuchten, von auswärtigen Meistern Maurer zu bekommen. Bis jetzt hatten sie aber damit keinen Erfolg. Wenn unsere Kollegen einig bleiben, wird die Sache gut gehen. In Coburg i. Th. ist auch in dieser Woche eine Minderung im Streik noch nicht ein-getreten. Der Kampf wird von den Kollegen mit aller Fähigkeit weitergeführt. Wir erfragen auch fernherhin um Fernhaltung des Zuguges.

Gau Frankfurt.

Aus Mainz schreibt man uns: Vor etwa vier Wochen liefen bei der submissivsten Vergebung der Erb- und Wegebefestigungsarbeiten auf dem Bahnhof in Wischofs-heim bei der Großherzoglich Hessischen Eisenbahndirektion Mainz eine Reihe Angebote ein, die zwischen M 1200 und M 6000 schwankten. Das Angebot von M 6000 machte

der Unternehmer Das-Gonsenheim. Dieser Unternehmer erhielt den Zuschlag. Manger Vae wird sich nun fragen, wie sind solche Unterfertigungen bei Submissionsforderungen möglich? Die Lösung der Frage ist die folgende: Der Unternehmer Das hat in der dortigen Gegend durch Ortschliche Arbeitskräfte zur Ausführung dieser Arbeiten gesucht und auch 40 bis 50 Arbeiter bekommen. Die meisten der Arbeiter haben ihre Beschäftigung das Jahr über in der Landwirtschaft und gehören zum größten Teil einer Organisation nicht an. So kommt es auch, daß Das den Arbeitern nur einen Stundenlohn von 36 bis 43 s zu zahlen braucht. Im vorigen Jahre wurde mit den Unternehmern in Wischofsheim und unserer Organisation ein Tarifvertrag abgeschlossen, der einen Stundenlohn für Hilfsarbeiter von 47 s vorsieht. Um dieses Tarifs abkommen kümmert sich Das nicht. Als der Vertreter der Bauarbeiter vorige Woche mit den Arbeitern auf der Baustelle während der Mittagszeit über diese Verhältnisse Rücksprache genommen hatte, entließ Das sofort die organisierten Arbeiter. Um solche Mißstände zu beseitigen, müßte die Behörde bei Vergabung der Arbeiten den Unternehmern mit zur Bedingung machen, daß sie die tariflich festgesetzten Löhne und Arbeitszeit einhalten müssen. Auch den Unternehmern wäre damit gebient, da sie bei Bedingung ihrer Offerten sicherere Grundlagen hätten. Bei den obigen Offerten haben offenbar einige Unternehmer mit den in Wischofsheim festgesetzten Tarifföhnen gerechnet. Mit dem Unternehmer Das hat die Organisation der Bauarbeiter schon des öfteren Schwierigkeiten gehabt. Das geht überall, wo er Arbeiten ausführt, die niedrigen Löhne. Dadurch entsteht die unfaire Konkurrenz. An den Arbeitern aber liegt es, dem Herrn zu zeigen, daß er nicht mehr lange mit ihnen spielen darf. Ginein in die Organisation, dann wird es schon anders werden.

Aus Frankfurt schreibt man uns: Die Sperre über die Firma Philipp Steinebach in Nied a. Main ist mit vollem Erfolg für uns beendet. Steinebach, der sich weigerte, die am 1. April eintretende Erhöhung des Stundenlohnes von 1 s im Lohngehalt Höchst a. Main zu zahlen, hat jetzt einen Vertrag unterzeichnet, wonach sich der Stundenlohn für Maurer auf 56 s, für Hilfsarbeiter auf 45 s erhöht. Vor der Unterzeichnung des Vertrages hatten noch die zwei arbeitswilligen Maurer Pfehler von Lindenhofen das Feld geräumt. Besonders hervorzuheben werden muß, daß während der Sperre, die nahezu sechs Wochen dauerte, obwohl in letzter Zeit kein Streikposten mehr stand, außer den beiden oben genannten Maurern kein Bauarbeiter Lust verspürte, bei Steinebach den Klausreifer zu machen. Der Firma selbst aber möchten wir bei dieser Gelegenheit empfehlen, sich in Zukunft andere Umgangsformen mit den Vertretern unseres Verbandes anzuweisen, sonst dürften sich solche Vorfälle, wie der letzte, noch öfter wiederholen.

Gau Hamburg.

Die Differenzen in Kiel sind ohne Aussperrung beigelegt worden. Der Bau des Unternehmens Zaads wurde von arbeitslosen Kollegen besetzt. Auch einige der Kollegen, die dort die Arbeit eingestellt hatten, haben diese schließlich wieder aufgenommen. Die Unternehmer verbreiteten hinterher die Nachricht, die Vertreter des Bauarbeiterverbandes hätten ihnen versprochen, sie würden dafür sorgen, daß die vertragsbrüchigen Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen würden und daß überhaupt die Baustelle Kollnauer Straße 69 wieder voll mit Arbeitkräften besetzt werde. Das ist natürlich unrichtig; denn die Vertreter unseres Verbandes können keinen Bau mit Arbeitkräften befehlen, wenn sich solche nicht freiwillig zur Aufnahme der Arbeit bereit erklären, sie können den arbeitslosen Kollegen lediglich die Aufnahme der Arbeit empfehlen und sie darauf aufmerksam machen, daß ihnen die Organisation bei Verstößen gegen den Vertrag keine Hilfe leisten kann. Das haben sie auch pflichtgemäß getan. — In Mölln haben unsere Kollegen Anfang Mai auf einem Bau einige Tage die Arbeit eingestellt, um die Unternehmer zur Zahlung der fälligen Lohnerhöhung zu veranlassen. Seit vier Wochen ist die Sache beigelegt; aber für die Unternehmerrzeitung besteht der „Streik“ noch immer fort. Wirklich eine zuverlässige Berichtserstattung!

Gau Hannover.

In Herzberg am Sarz ist der Streik beendet. Am 4. Juni machte der Unternehmer Küster Angebote, auf die wir eingehen konnten. Tags darauf bewilligten dann auch die Unternehmer Bratel und Bod. Der Lohn, der am 1. April eine Erhöhung um 1 s erfahren hat, erhöht sich am 1. Juli abermals um 1 s; eine weitere Erhöhung um 1 s tritt am 1. April 1913 ein. Immerhin haben wir dann erst einen Stundenlohn von 40 s für Maurer erreicht. Der Lohn für Hilfsarbeiter beträgt dann 33 s. Ein Vertrag ist abgeschlossen. — Dem Unternehmer in Pöhlde war vor dem 1. April ebenfalls eine Lohnforderung gestellt worden. Auch diese hat ihre Beilegung dadurch gefunden, daß der Unternehmer den Lohn von 34 s auf 37 s erhöhte.

Gau Mecklenburg.

Nachdem der Streik in Dömitz bereits acht Wochen gedauert hatte, waren vier gewöhnliche, eine Verringerung im Kampfe einzuschlagen. Da die Unternehmer im Landgebiet eine Lohnerhöhung von 2 s für Maurer und 3 bis 5 s pro Stunde für Hilfsarbeiter zugebilligt hätten, ist der Streik formell aufgehoben worden. Die Unternehmer in der Stadt Dömitz, Holzgreve, Groth und Tomey, sind jedoch gesperrt. Es wird deshalb erlucht, auch weiterhin den Zugang nach Dömitz fernzuhalten und insbesondere obenbenannte drei Firmen strenge zu meiden.

Gau München.

Unser Verband hatte den Unternehmern in Mühldorf Vorschlag zum Abschluß eines Tarifvertrages gemacht. Der Antrag wurde für Maurer 42 s, für Bauhilfsarbeiter 36 s pro Stunde; im nächsten Jahre sollten sich die Löhne um 2 s pro Stunde erhöhen. Eine Antwort wurde von den Unternehmern nicht gegeben, nur einer fragte, welchen Gehältern die Forderungen gestellt worden seien. Auskunft wurde ihm erteilt und nochmals das Ersuchen gestellt, die Unternehmer möchten sich zu den Vorschlägen der

Arbeiter äußern. Doch die Sache kam anders! Am 8. Juni erklärte Baumeister Kyrmeier seinen Arbeitern, daß nun Schluss sei und daß er so lange nicht mehr arbeiten lasse, bis die ganze Angelegenheit erledigt sei. Sämtliche Arbeiter wurden entlassen. Im Laufe des Tages wurde nun versucht, Unterhandlungen in der Wege zu leiten, die jedoch resultatlos verliefen, da die Unternehmer jedes Entgegenkommen rundweg ablehnten. In einer abends abgehaltenen Versammlung wurde dann beschlossen, auch bei den andern Unternehmern die Arbeit einzustellen. Nur vier Hilfsarbeiter und ein paar Lehrlinge blieben als Klausreifer an der Arbeit. War man sich vorher über das Verhalten der Unternehmer und besonders über die Entlassung der Arbeiter bei Kyrmeier nicht recht klar, so wurde in der Nacht vom 6. auf den 7. Juni der Streik gelöst. Es trafen sechs Italiener ein, die für den Umbau des Kaufhauses Rambold bestimmt waren. Zum nicht geringen Schrecken der Unternehmer waren aber auch die streikenden und ausgesperrten Arbeiter zur Stelle, die die Italiener über die irtümrige Rolle aufklärten, die sie in Mühldorf spielen sollten. Die italienischen Kollegen erklärten sich solidarisch und begaben sich in das Streiktotal, um nun ihrerseits den Streikenden Unterstützung über ihr nächstliches Ergehen zu geben. Ein in einer Zigelei beschäftigter Vorarbeiter hatte sich dazu erboten, italienische Streikbrecher zu liefern und wendete sich an einen Affordanten in Chemnitz. Verprochen wurde den Italienern ein Stundenlohn von 58 s, während man den Einheimischen Löhne von 37 s für Hilfsarbeiter gar nur 30 bis 32 s bezahlte. Zur Charakterisierung der Unternehmer trägt der Umstand bei, daß der Brief an die Italiener bereits zu einer Zeit geschrieben wurde, wo noch niemand an einen Streik dachte, sondern den Unternehmern in höchster Form lediglich unsere Vorschläge unterbreitet waren. Wieviel weitere Italiener sollten für kommenden Montag noch eintreffen; die Unternehmer werden jedoch vergebens auf sie warten, die Kolonne ist bereits verständig und wird auf keinen Fall nach Mühldorf kommen. Der Plan der Unternehmer war also gut vorbereitet. Den Arbeitern erklärte man, um ihnen Vertrauen einzufößen, daß die Löhne eigentlich nicht so hoch seien und daß es nur daran fehle, daß sich die auswärtige Konkurrenz zu keiner Vereinbarung herbeilasse. Man wollte also die Arbeiter hinführen, bis genügend Streikbrecher am Orte waren, um dann die Aussperrung auf der ganzen Linie durchzuführen. Baumeister Kyrmeier konnte jedoch in seiner Begeisterung die Sache nicht abwarten, und so kam der Stein ins Rollen, ehe dies den Herren angenehm war. Die Bürgergeist Mühldorf möge sich nun selbst überlegen, wer den gegenwärtigen Zustand herbeiführt hat. Die Arbeiter verlangen lediglich eine geringe Lohnerhöhung, ein Verlangen, das jeder ehrlich denkende Mensch gerecht und begrifflich finden wird. Die Unternehmer dagegen wollen ausländische Arbeiter heranziehen, ohne Rücksicht darauf, daß dadurch nicht nur die Arbeiter, sondern das ganze Geschäftsleben Mühldorf schwer geschädigt werden würde. Die Arbeiter-allerorts fordern wir auf, den Zugang nach Mühldorf strengstens fernzuhalten, um den Mühldorfer Kollegen ihren schweren Kampf zu erleichtern.

Gau Nürnberg.

Die Sperre in Schweinfurt (Firma Ruffinihaus) ist nach vierwöchiger Dauer zugunsten der Kollegen erledigt worden. — In Selb haben schon im letzten Jahre einige Unternehmer die tariflichen Löhne nicht bezahlt; auch persönliche Vorstellungen verfielen ihren Zwecken. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes lehnte es auch ab, die Schlichtungskommission einzuberufen, d. h. er gab uns auf unsere diesbezüglichen Anträge gar keine Antwort. Da im letzten Jahre in Selb die Bautenkontur fastlich war, so konnten auch andere Maßnahmen nicht gut gewagt werden. In diesem Jahre ist die Bautätigkeit gut und die vertragsbrüchigen Unternehmer müssen durch Sperren an die Pflichten erinnert werden. Um färssten hat es die Firma Wammann getrieben. Sie wurde gesperrt und mußte nach achtwöchiger Dauer der Sperre kapitulieren. Die Firma hat sich verpflichtet, den Tarif einzubehalten und die zu Unrecht entlassenen Kollegen wieder einzustellen. Der Lohn der Bauhilfsarbeiter, die nicht im Vertragsverhältnis stehen, wurde um 4 bis 5 s pro Stunde erhöht. — In Nürnberg ist es bisher bei den Terrazzoarbeitern sowie Steinhölzlegern zu keiner Einigung gekommen, so daß vorausichtlich mit einem Kampf gerechnet werden muß, der unter Umständen schon in den nächsten Tagen beginnen kann.

Gau Stettin.

In Nügnenwalde hat es den aus Bromberg zugereisten Pukern doch nicht gefallen. Am 18. Mai setzten sie sich mit der Streikleitung in Verbindung, um am 19. Mai mit dem Frühzuge abzureisen. In letzter Minute langte noch der Unternehmer Schirmer an. Der Zug setzte sich eben in Bewegung. Freundlich lächelnd und grüßend in Erinnerung an gemeinsame Kneipenfahrten fuhr die teuer gewesenen Arbeitswilligen an Schirmer vorbei. Da hielt es diesen nicht mehr; in höchster Erregung schrie er dem Bahnpostenwächter zu: „Lassen Sie halten, die Leute wollen mich beiragen!“ Das Unglaubliche geschah, der Vorsteher beachte den Zug zum Stehen, damit Schirmer und seine Kollegen einsteigen konnten. Als trotz allem Zureden die Arbeitswilligen nicht im schönen Nügnenwalde bleiben wollten, gestattete Schirmer die Abfahrt. Er selbst fuhr nach Schlawe mit, hatte aber auch hierbei kein Glück. In Preußen kann ein Unternehmer alles. Der Bahnpostenwächter rempelte zum Überflus auch noch unsere Kollegen an. Als Schirmer nun auch noch mit seinen Polizern Rech hatte, da war für Verhandlungen der Boden vorbereitet. Unter dem 22. Mai meldeten sich die Unternehmer. Im Laufe der Verhandlungen scheuten sie die Reize nach Stettin nicht. Am 2. Juni kam es zum Abschluß eines Vertrages; der statt elf Stunden zehneinhalb Stunden tägliche Arbeitszeit vorsieht und einen Stundenlohn von 44 s anstelle der bisher gezahlten 40 s gewährt. Bei Landarbeit werden bei 2 1/2 km 2 s, von 4 bis 6 km 4 s und über 6 km 7 s pro Stunde als Zuschlag gewährt. Die Firma Papenhuber schließt sich diesem Vertrag nicht an und bleibt dabei gesperrt. Papenhuber ist durch seinen als Lehrlingsväter „berühmt“ gewordenen Vater in ein warmes Nest gesetzt. Der Herr will den starken Mann spielen. Am

sich bei den Bauern beliebt zu machen, will er nach dem Rezept Herberg-Vollin nur Inozugestellte beschäftigen. Die Maurer aus dem Amte Nügnenwalde müssen ihm beweisen, daß für solche Mächden auch in Konzenne die Zeit vorbei ist. — In Garz a. d. O. konnten die streikenden Bauhilfsarbeiter alleamt abentweid in Arbeit treten; dagegen gelang es den Unternehmern, an deren Stelle neigmüden Ertrag zu schaffen, so daß am 29. Mai allgemine die Arbeit aufgenommen werden mußte. In einer am 30. Mai stattgefundenen Verhandlung boten die Unternehmer den Abschluß eines Vertrages bei einem Stundenlohne von 37 1/2 s für Hilfsarbeiter an. — Im Landgebiete um Stolp haben die in Kahlitz, Weddin und Ballemin ansässigen Unternehmer einen Vertrag unterzeichnet, der bei zehntündiger Sommerarbeitszeit den Lohn stoffweise auf 51 s pro Stunde bringt. — In Starzard i. Pomm. lehnte der Arbeitgeberverband nach wie vor den Abschluß eines Vertrages für Bauhilfsarbeiter ab. Durch die eingeleitete Bewegung ist zwar der Stundenlohn der Hilfsarbeiter um einige Pfennige gestiegen, doch müssen Löhne von 30 s bis 37 s immer noch als unzureichend gelten. Hoffentlich treten die Hilfsarbeiter bald so geschlossen an, daß sie sich einen günstigen Vertrag erkämpfen können.

Berichte.

Warmen. Wie sozialdemokratische Gewerkschaftsbeamte das Gausrecht achten. Unter dieser Überschrift bringt die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ folgende Notiz: „Den Geist, wie er zu einem großen Teil unter den Agitatoren des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes zu herrschen scheint, bezeugt folgende Zufahrt, welche uns von einem Mitglied des Arbeitgeberverbandes zugegangen ist: Ein Beamter der freien Gewerkschaft in Warmen war in der Frühstückspause in dem Raume, in welchem sich die Arbeiter befanden, und wurde von meinem Kolier ausgeniesen. Der Betroffene wurde darauf grob und es kam zu einem Streit, in dessen Verlauf der betreffende Gewerkschaftler dem Kolier eine Wunde am Kopfe beibrachte. Mein Kolier hat den Fall bei der Warner Polizei zur Anzeige gebracht und wurde daraufhin von der Gewerkschaft gedroht, die Baustelle zu sperren. Der Maurer J. W., Vertrauensmann der sozialdemokratischen Gewerkschaft, war in dem fraglichen Raum zugegen. Derselbe fiel dem Kolier von hinten an und hielt ihm die Arme fest. Hierauf ergriff der Beamte seinen Stod und brachte dem Kolier die Wunde bei. Der Maurer J. W. wurde sofort entlassen. Dieser erklärte, daß er sich für gemahregelt befinde. Seit dem 23. April steht er jeden Abend bei Arbeitslohn an der Baustelle und besucht die Leute aufzuweilen. Kommentar überflüssig! Die Klage wurde trotz der Drohung angestreift. Welche Zustände jedoch eintraten, wenn bezagliche Agitatoren zu Bautenkontrollen bestellt werden und die Berechtigung haben, die Baustelle jederzeit zu betreten? Mit allen Mitteln kämpft der Bauarbeiterverband schon seit Jahren für die Anstellung von Bautenkontrollen aus dem Arbeiterstande. Aus leicht ersichtlichen Gründen.“ — Soweit die Notiz. Was ist nun an der ganzen Geschichte wahr? Zunächst ist es unklar, daß es ein „Beamter“ des Bauarbeiterverbandes gewesen ist, mit dem der Kolier in Konflikt geraten ist. Von unsern Angestellten ist zu der Zeit kein einer in der Baubude gewesen, konnte also auch von dem Kolier nicht ausgeniesen werden. Zweitens ist es unklar, daß die „Gewerkschaft“ gedroht hat, die Baustelle zu sperren. Wir verlangen von der Firma Städter in Müllheim a. M., denn um diese handelt es sich, hierfür den Beweis. Den kann sie aber nicht erbringen und wir müssen sie deshalb der behaupteten Unwahrheit zeigen. Drittens ist der Gemahregelte nicht Vertrauensmann der Gewerkschaft; er war vielmehr zur Zeit der Maßregelung lediglich Baudelegierter. Mit seiner Entlassung war diese Funktion erloschen. Wenn er abends bei Arbeitslohn dort auf der Straße gestanden hat, so war dies sein gutes Recht, wie es ja jedem Menschen freisteht, sich auf offener Straße zu bewegen. Auf den Streifall selbst näher eingehen, wollen wir uns vorläufig versagen, da ja hierüber das Gericht seine Feststellungen zu machen hat. Ob die Darstellung des Herrn Städter resp. seines Koliers richtig ist, wird sich ja dann zeigen. Aber etwas anderes wollen wir denn doch feststellen. An diesem Bau (Bahnhofneubau) hat die Firma erwiesenermaßen vom Anfang März bis Mitte April fortgesetzt Tarifbruch begangen, indem sie die tarifliche Arbeitszeit täglich um eine halbe bis eine ganze Stunde dadurch überschritt, daß sie die tariflich festgesetzte Mittagspause um eine halbe Stunde kürzte oder die Arbeitszeit des Abends verlängerte. Dieser Zustand würde heute noch bestehen, wenn wir nicht ganz entschlossen die Innehaltung des Vertrages gefordert hätten. Die diesbezügliche Korrespondenz befindet sich in unsern Händen und liegt jederzeit zur Veröffentlichung bereit. Der Kolier Städter hat gegen die Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes eine große Aneignung, was daraus hervorhebt, daß von den am Orte ansässigen Maurern und Hilfsarbeitern nur sehr wenig beschäftigt werden, weil ihn diese im vorigen Herbst angeblich im Stich gelassen hätten. In Wirklichkeit hat er sich die auswärtigen, gefälligen Leute herangezogen, um den Tarif durchbrechen zu können. Und diese Firma will sich über den Geist der „sozialdemokratischen Agitatoren“ beklagen! Eine Firma, die selbst am Vertrag beteiligt ist und mit Tarifbruch und Maßregelungen arbeitet, hat überhaupt das Recht verweigert, sich über die Beamten einer Gewerkschaft zu beklagen. Selbst wenn die Gewerkschaft die Firma gesperrt hätte, was aber, wie wir ausdrücklich betonen, nicht der Fall ist, so hätte sie dies durch das Verhalten ihres Schuldner mehr als reichlich verdient. In dieser Zeitfrage ändert auch die entstellte Notiz in der „Westdeutschen“ nichts. Des Gelahabers der Redaktion über die Arbeiterkontrollen für das Baugewerbe wollen wir ihr schenken, gehören doch derartige Ausdrücke eines Scharfmacherorgans zum eisernen Bestand dieser Redaktion.

Forchheim. Auf dem hiesigen Friedhof fand am 2. Juni feierlich der hiesigen Bestattungsvereins eine eindrucksvolle Sitzung für unsern kürzlich im besten Mannesalter gestorbenen Vorstehenden, Kollegen Jenu!

er, statt, indem ein durch freiwillige Gaben der Kollegen errichteter Grabstein enthüllt wurde. In städtischer An- gabe markierten unsere Kollegen mit Abornungen sämt- licher freien Gewerkschaften in geschlossenem Zuge unter Vorantragung eines prachtvollen riesigen Bufeits mit weißer Schiefer und entsprechender Widmung durch die Stadt zum Grabe des Verstorbenen. Hier feierte Kollege Wör aus Nürnberg in erster, zu Herzen gehender Rede die Verdienste des Verstorbenen und die Organisationsbestre- bungen der hiesigen Bauarbeiter wie der Gesamtarbeiter- schaft Forchheims und ermahnte mit eindringlichen Worten die Erschienenen, rastlos im Sinne und Geiste des Ver- storbenen weiterzuarbeiten, dann werde auch der Wahl- spruch auf dem prächtigen Grabmal „Empor zum Licht“ in absehbarer Zeit der Erfüllung näher rücken und gleichzeitig dem Andenken und Willen des Verstorbenen die beste Geltung erwiesen werden. Der Chor „Ein Sohn des Volkes will er sein“ vom Arbeitergesangverein „Wieder- frang“ in vollendeter Weise zum Vortrag gebracht, schloß die würdige eindringliche Kundgebung. Daß die Ver- anstaltung, die für den hiesigen Platz etwas vollständig Neues war, berechtigtes Aufsehen erregte und bei allen Teil- nehmern einen tiefen Eindruck hinterließ, soll mit Freude konstatiert werden.

Graubenz. In Nr. 22 der „Baugewerkschaft“ beschäf- tigt sich der christliche Bezirksleiter A. Schönleas in einem Artikel „Aus Ostpreußen“ mit dem „Terrorismus der Ge- nossen“ und kommt dabei auch auf einen angeblichen Terrorismusfall in Graubenz zu sprechen, wobei er ganz ungenügend die größten Unwahrheiten verapft. Auf dem Neubau des Unternehmers Illmann haben nur bei uns or- ganisierte Kollegen gearbeitet. Von diesen wurde eine Bücherkontrolle vorgenommen und dabei festgestellt, daß zwei Maurer zwölf Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande waren. Von unsern Baulegeleitern wurden die Kollegen aufgefordert, ihre Bücher sogleich in Ordnung zu bringen, was diese ganz einsehen bereitwillig taten. Darauf haben die andern Kollegen, ohne der Organi- sationsleitung hiervon etwas zu melden, jeder für sich die Arbeit niedergelegt. Das ist natürlich ihr gutes Recht, von dem sie niemand abhalten kann. Inzwischen erhielt unser Angeleiteter von diesem Fall Kenntnis, er begab sich zum Unternehmer und regelte die Sache dahingehend, daß am 16. Mai, mittags, alle unsere Kollegen, auch die mit den Beiträgen rückständigen, die Arbeit wieder aufnehmen sollten. Während er mit dem Unternehmer verhandelte, waren unsere Kollegen zu Mittag gegangen. Er konnte seinen erweisen, um sagen zu können, was nun ge- schehen sollte. Dann schied er um 12³⁰ zum Polster Baum- mann auf die Baustelle und ließ ihn sagen, es wäre ihm nicht möglich, unsere Leute zu erweisen; aber am Frei- tag, 17. Mai, morgens, würden alle zur Arbeit antreten. Am 17. Mai ging ein jeder zur Arbeit, aber niemand wurde eingestellt, weil inzwischen Herr Schönleas schon Altsenfeiner Hilfsarbeiter und Danziger Maurer christ- licher Couleur telegraphisch nach Graubenz bestellt hatte. Diese durften arbeiten, aber unsere Kollegen nicht! Sierin erwiderten wir einen Vertragsbruch des Unternehmers und beantragten eine Schlichtungskommission, die diesen Streitfall schlichten sollte. Es kam auch zur Einigung. Alle unsere Kollegen wurden wieder eingestellt und auch der Unternehmer Illmann befestigte einwandfrei unsere Angaben in der Kommissionsführung, wie sie oben ge- schildert sind. Und angesichts dieses Sachverhalts waag es Schönleas, von sozialdemokratischem Terrorismus zu sprechen. Doch wir wollen ihm die Waage vom Gesicht reihen. In Graubenz ist ein Malermeister namens Gold- bad, der die wahrheitsliebenden Christen in allem Verufen hochbringen will. Dieser hat unsere beiden Kollegen ver- anlaßt, ihre Beiträge nicht zu zahlen, und dann in den christlichen Verband einzutreten. Als der Unternehmer unsere Kollegen nicht einstellte, was der Herr schon am 16. Mai wollte, vereinbarte er sogleich mit Schönleas, daß hier Danziger und Altsenfeiner Christen den Bau besetzen sollten, um so in Graubenz Einzug zu halten und unsere Kollegen gewaltsam arbeitslos zu machen. Also nicht sozialdemokratischer Terrorismus war es, der hier geübt wurde, sondern organisierter christlicher Terrorismus! Das in die Augen Springende dabei ist, daß derselbe Schönleas, der über den angeblichen sozialdemokratischen Terrorismus zeternd, den christlichen Terrorismus mit seinem Gesinnungsgenossen Goldbad in Graubenz geleitet hat. Und solch ein Mann waagt andern Moral zu predigen? Was soll man von solch einem wahrheitsentstellenden christ- lichen Beamten halten?

Königsberg. Herr Aug. Schönleas, zurzeit Bezirks- leiter des Zentrumsverbandes in den Ostern, füllt sich be- wußt, uns in Nr. 22 der „Baugewerkschaft“ ordentlich ab- zuzugeln, weil wir angeblich gegen die Unternehmer zu scharf vorgehen. Selbst sein Freund Lauffer, der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, bekommt in diesem Artikel Giebe, weil er nach seiner Meinung nicht scharf genug gegen uns vorgeht und nicht mehr wie früher nach der Pfeife des Zentrumsverbandes tanzt. Als ganz unerhört und als großen Tarifbruch schildert er einen Fall, wo wir eine Sperre über einen Unternehmer verhängen, weil er Dedan in Afford mauern ließ. Ganz unbegreiflich findet er es, daß Herr Lauffer ihm nicht den Gefallen tut und einen Tarifbruch feststellen lassen will. Schönleas ist hier „päpsti- scher als der Papst“. Wie liegt der Fall? Beim Abschluß des Affordvertrages präsentierten uns die Unternehmer einen Affordtarif, in dem fast die gesamten Maurerarbeiten in Afford vorgelesen waren. Es kam damals zu lebhaften Auseinandersetzungen; die Unternehmer mußten alle Ar- beiten aus dem Vertrage streichen, die bisher nicht üblich waren. Damit waren in dem Affordtarif alle Arbeiten bezeichnet, die in Zukunft in Afford ausgeführt werden konnten; die geplante Erweiterung der Affordarbeit war den Unternehmern nicht gelungen. Wir haben nun während der ganzen Vertragszeit streng darauf geachtet, daß nur die in dem Affordtarif aufgeführten Arbeiten in Afford ausgeführt werden dürfen; beide Teile sind hiermit einverstanden ge- wesen. In dem von Sch. angeführten Falle wurde nun nichts anderes verlangt. Als der Unternehmer, und leider auch zwei unserer Mitglieder, aus der Reihe tanzten, er- folgte die Sperre. Die Leitung des hiesigen Zentrums- verbandes hatte nur nichts Illigeres zu tun, als die beiden Leute, die wir ausschloßen, mit offenen Armen aufzu- nehmen und arbeiteten mit Eifer, um den Bau zu be-

lehen. Es zeigte sich aber, daß der einst so stolze Verband trotz größter Anstrengung nicht mehr einen einzigen kleinen Bau besetzen kann. Daher die die Schöneas und der Appell an die Unternehmer um Hilfe. Es mußte alles nicht! Da die Unternehmer in diesem Falle auf Antrag Schöneas kein Verbrechen gegen uns entdecken konnte, soll dieses jetzt der Staatsanwalt. Man hat diesen gegen den Kollegen Priebe angeklagt, weil unser Verband die Sperre beschloßen hatte. Kann man von unsern christlichen Brüdern noch mehr verlangen? Sie haben hier völlig abgewirtschaftet!

Kleine Mitteilungen aus den Zweigvereinen.

Den Kollegen des Zweigvereins **Gatmisch-Parthenkirchen** diege zur Mitteilung, daß die Versammlungen des Zweig- vereins jeden letzten Sonntag im Monat stattfinden. Der Zweigverein **Königsberg** steigerte bestmüßig im Vorjahre seine Mitgliederzahl von 1847 auf 3059. In den fünf Monaten dieses Jahres ist die Mitgliederzahl bereits auf 4200 gestiegen. Der Zweigverein **Semlin** macht seine sämtlichen Baulegeleitern darauf aufmerksam, daß die Baulegeleitersitzungen jeden ersten Donnerstag im Monat statt- finden. Pünktlicher Besuch wird erwartet.

Revolution und Evolution.

Ueber dies Thema sprach Kollege Winnig am 12. März in einer Versammlung uneres Leipziger Zweigvereins. An den Vortrag schloß sich eine Diskussion, in der Kollege Anton Hagen den Ausführungen Winnigs entgegentrat. Später sandte er uns einen Artikel über dies Thema. Wir stellen ihn zurück, weil Winnig den Wunsch hatte, sich gleich ausführlicher nicht nur zu diesem Artikel, sondern zu dem Thema überhaupt zu äußern, woran er aber bis jetzt durch dringliche und wichtige Arbeiten verhindert war. Da Kol- lege Hagen aber auf Veröffentlichung seiner Zuschrift drängt, so drücken wir, es ab, betonen jedoch, daß sich Kollege Winnig eine Nichtigstellung und Erwiderung dar- auf vorbehalte.

Zunächst erläuterte Winnig die Bedeutung der beiden Worte: Revolution und Evolution. Er führte aus, **Revo- lution** bedeute die gewaltsame Beseitigung der bestehen- den Gesellschaftsordnung, um an deren Stelle die sozial- listische zu setzen. **Evolution** bedeute dagegen die heutige Gesellschaftsordnung oder Gesellschaftsform durch fortwährende Verbesserungen der Sozialgesetzgebung sowie aller bestehenden Einrichtungen innerhalb des Klassenstaates immer mehr der Verstaatlichung zuzuführen, sei es durch Enteignung des Privatbesitzes durch den Staat oder Verstaatlichung durch die Förderung der Genossenschafts- bewegung. Das heißt also: friedliches Hineinwachsen in den sozialistischen Staat, ohne innere revolutionäre, gewalt- same Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Genosse Winnig verfuhr, durch Beispiele diese seine Auf- fassung als richtig zu beweisen, indem er unter anderem sagte, die Revolution 1789 in Frankreich habe nicht den Feudalstaat in Frankreich mit einem Male beseitigt und an dessen Stelle den bürgerlichen Rechtsstaat gesetzt; die Grundlage für den bürgerlichen Rechtsstaat in Frankreich wäre schon vor der Revolution vorhanden gewesen und der Feudalstaat wäre gestürzt worden auch ohne gewaltsame Revolution. Zugegeben, diese Auffassung wäre zum Teil richtig, so kann Genosse Winnig doch wohl nicht angeben, wie lange der Feudalstaat noch bestanden hätte, wenn er durch die Revolution 1789 nicht einmal vernichtet worden wäre. Ich fasse gerade dieses Beispiel anders auf. Wägen auch Momente vorhanden gewesen sein, die ein Zeichen da- für waren, daß die damalige Gesellschaftsordnung durch eine andere ersetzt werden sollte, so wäre es meines Er- achtens nicht so schnell gegangen, wenn sich die Neugestalt- ung auf friedlichem Wege im Sinne Winnigs abgespielt hätte. Und das trifft heute erst recht zu bei allen Kämpfen, seine diese auf gewerkschaftlichem oder auf politischem Ge- biete auszufechten. In seinem Vortrag hat nun Winnig Lauffalle als Zeugen für seine Auffassung genannt. Ich habe die Ausführungen Lauffalles näher angesehen und habe gefunden, daß sie sich nicht ganz beden mit den Aus- führungen Winnigs. Wenn auch Lauffalle nicht die Meinung äußerte, daß durch die französische Revolution eine ganz neue Welt erschaffen konnte, so sagte er aber doch, daß von dem Tage der französischen Revolution an eine vollständige neue Rechtsgrundlage für Frankreich geschaffen wurde. Auf Seite 829 in „Lauffalles Reden und Schriften“ ist in bezug auf die französische Revolution zu lesen, daß alle Geschichtsschreiber, deutsche wie französische, reaktionäre wie revolutionäre, philosophische Werte wie die gemäßigten Handbücher, die französische Revolution vom 14. Juli 1789 datieren. Sie alle stimmen also hiernach darin überein, daß der Umsturz des Rechtsbewußtseins der französischen Nation von diesem Vorgang an zu datieren und er in ihm auf entscheidende Weise an den Tag gelegt worden sei. Diese Ausführungen Lauffalles besagen das Gegenteil von Winnigs Ausführungen, der meinte, daß Revolutionen noch niemals plötzliche Umwälzungen der Gesellschafts- formen herbeigeführt hätten. Wenn er weiter ausführte, der revolutionäre Sozialismus werde auf die Dauer nicht in der Lage sein, mit dem einzigen Lösungswort, dem **En b a z i e l**, was ein unbestimmter Begriff sei, die Massen zu- sammenzuführen, da diese in der Gegenwart Vorreile er- reichen und genießen wollen, so find diese Ausführungen gegenüber auf eine sogenannte praktische Arbeit auch im Klassenstaat. Es fällt aber den Verehrern des revolutionären Sozialismus gar nicht ein, sich auf das Endziel zu verlassen, sondern gerade die Anhänger des revolutionären Sozialismus versuchen durch die unermüdbare Aufklärung der Massen und die schärfste Bekämpfung der kapitalistischen Auswüchse im Klassenstaat, die Lage des Arbeiters nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich zu heben.

Auch ist es falsch, wenn Genosse Winnig meint, durch die praktische Mitarbeit in den Parlamenten, das heißt nach seinem Begriff mit Hilfe der bürgerlichen Vertreter, positive Arbeit zu leisten durch Ausbau der Sozialgesetz- gebung und ähnlicher für den Arbeiter notwendigen Maß- nahmen. Ich siehe auf dem Standpunkt, daß wir auf diese Weise nie in die Lage kommen würden, den Klassenstaat zu stürzen und an dessen Stelle eine bessere Gesellschafts- ordnung zu setzen. An das langsame Hineinwachsen in den

sozialistischen Staat, wie es Winnig in seinen Ausführungen versucht anzulegen, glaube ich nicht. Deshalb bin ich auch nicht einverstanden mit seinen evolutionistischen Lehren, die er uns vorgetragen hat, besonders über die Entwic- lung unserer Gewerkschaftsformen oder gewerkschaftlichen Kämpfe und die einwirkende Taktik. (Evolution, organi- sche Entwicklung, langsames Hineinwachsen in eine an- dere Gesellschaftsform.) Winnig meint, genau so, wie sich auf politischem Gebiete die Taktik der Sozialdemokratie der organischen Entwicklung anpassen müsse, so hätte sich auch die gewerkschaftliche Taktik der organischen Entwic- lung im Tarifwesen anpassen und wenn wir auch jetzt noch nicht feiner Auffassung Glauben schenken wollten, so würden wir doch in Zukunft sehen, daß er recht habe. Genosse Winnig mag von der Nichtigkeit seiner Auffassung fest überzeugt sein, die Zukunft wird aber ihm, so gut wie andern, die wir er auf dem rechten Flügel der Partei stehen, das Gegenteil beweisen. Ich erlaube mir, speziell auf diesen Punkt näher einzugehen.

Die gewerkschaftliche Entwicklung hat seit zifra zwanzig Jahren sehr bedeutende Fortschritte gemacht. Die Organi- sationen sind mächtig geworden; eben so wurde auch das Tarifwesen in den Gewerkschaften ausgebaut. Im Jahr 1892 waren in 56 Zentralverbänden 237 094 Mitglieder organisiert; 1910 betrug die Zahl in 60 Verbänden 2 017 298, die der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossen sind. Tarife hatten 1892 nur wenige Gewerkschaften, ja, die Gewerkschaften hatten eine gewisse Abneigung gegen die Tarifverträge. Eingehen bestanden im Jahre 1909 2000 Tarifverträge, die 24 209 Betriebe mit 230 195 beschäftigten Personen umfassen. Diese gewaltige Entwicklung der gewerkschaftlichen Organi- sationen der Arbeiter hat in der Hauptsache auch die rapide Entwicklung der Unternehmerorganisationen verursacht. Diese steht heute der Arbeiterorganisation nicht nach, ja, in vielen Fällen überholt sie diese sogar. Daß eine solche Entwicklung der Kräfte einen großen Einfluß auf die Tarifbewegung selbst ausüben muß, ist selbstverständlich, und es ist erklärlich, daß auch die Unternehmer ihre Stellungnahme den Tarifen gegenüber geändert haben. Wenn früher die meisten Unternehmer einen ablehnenden Standpunkt dem Tarif gegenüber einnahmen, so ist heute die Meinung eine andere geworden. Gerade im Bau- gewerbe zeigt sich, daß die Unternehmer nicht nur gewillt sind, die Arbeits- und Lohnverhältnisse für einzelne Städte tariflich zu regeln, sondern für das ganze Reich. Wenn es 1910 noch nicht ganz gelungen ist, so werden sie es 1913 erneut versuchen. Und hier gehen nun die Meinungen eines großen Teils der Mitglieder und des Genossen Winnig auseinander. Winnig steht in dem Verlehen der Unter- nehmer, einen Reichstarif einzuführen, nicht die Gefahr, wie sie in Wirklichkeit für uns besteht. Nicht für jeden Beruf ist ein solches Vertragsverhältnis vorteilhaft. So führt zum Beispiel auch Adolf Braun, ein guter Kenner der Tarifentwicklung, gelegentlich seines Vortrages im Gewerkschaftsartikel Leipzig aus: „Zu einer Einseitigkeit können wir nicht kommen, wir müssen vielmehr für die einzelnen Berufe das richtige zu fordern suchen. Es gibt keine allgemeine Rezeptur für die Ausgestaltung der Tarife.“ Was also für die Baubrunder sehr vorteilhaft ist, trifft noch lange nicht zu für die Bauarbeiter. Ich sehe auf dem Standpunkt, daß wir uns gegen die Einführung eines Reichstarfs für das Baugewerbe wenden, und zwar aus zwei Gründen. Erstens wird durch einen Reichstari die Organisation der Unternehmer viel mehr gestärkt als die der Arbeiter, indem der lokale Einfluß der Organisation so gut wie ausgeschaltet wird. Zweitens wird durch Ab- schluß eines Reichstarfs der Boden für Reichseinigungs- ämter wesentlich vorbereitet. Gerade das letztere ist für die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter sehr be- deutungsvoll. Die Frage eines Reichseinigungsamtes durch den Staat wird heute schon sehr eingehend diskutiert und es sind ja auch bereits Vorschläge hierzu gemacht (Magistrats- rat Wölbting-Berlin, wogu vieleicht später noch Stellung ge- nommen werden kann. Ich halte den Abschluß von Tarif- verträgen für sehr wertvoll, aber niemals bin ich für Reichstaries. Die Organisation wird dadurch geschwächt zugunsten der Unternehmer, weil das Mitbestimmungs- recht der Mitglieder bei Abschluß derartiger Tarife voll- ständig ausgeschaltet wird. Es kommt noch folgendes hin- zu: Gaben wir einmal einen Reichstari, so wird auch das Reichseinigungsamt da sein. Stellen die Arbeiter For- derungen, so werden diese, bevor es zu Differenzen mit den Unternehmern kommt, vom Reichseinigungsamt ge- prüft werden, und dieses wird seinen ganzen Einfluß geltend machen, um eine eventuelle Arbeitsunterbrechung von vornherein unmöglich zu machen. Daß dabei die Arbeiter unter den Schritten kommen, wird wohl nicht be- zweifelt werden.

Wenn heute die bürgerlichen Parteien im Reichstage durch die Zollgesetzgebung den Arbeitern die notwendigen Lebensmittel vollständig verteuern, so daß einzelne Lebens- mittel für sie zum Luxusgegenstand werden, so tritt die Regierung nicht als Vermittler dazwischen, um die Arbeiter zu fragen, ob sie auch in der Lage sind, diese fortwährende Verteuerung ertragen zu können. Wenn er aber seine Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessern will, so kommt man mit Reichseinigungsämtern, um zu vermitteln, wobei stets die Unternehmer im Vorteil sein werden, mögen die Unparteilichen die beste und ehrlichste Wächter dabei walten lassen. Also auf der einen Seite streupförmige Ausbeutung durch indirekte Besteuerung, auf der andern Seite diplo- matische Einseitigkeit der Arbeiter, um so das geschätzte Streiken so gut wie illusorisch zu machen. Gegen diese Tendenz müssen sich die Arbeiter wehren; die Lösung muß ein entschiedenes Nein sein. Die Arbeiter müssen heute mehr denn je bestrebt sein, die gewerkschaftliche wie die politische Organisation auszubauen und auch den letzten Mann für die Organisation zu gewinnen suchen. Die Unternehmer bauen ihre Organisation nicht aus, um uns auf friedlichem Wege Zugeständnisse zu machen, sondern wie heute schon einige ganz heftigste Schatzmacher er- klären, die maßlosen Forderungen der Arbeiter abzuwehren. Das Jahr 1910 war für die Bauarbeiter ein lehrreiches Kampfsjahr, und es ist zu wünschen, daß diese Lehren, wenn es 1913 zum Kampfe kommen sollte, auch im Interesse der Arbeiter verwendet werden. Genosse Winnig hat in seinem Vortrag auch den Massenstreik erwähnt und ihn als eine Art Spielerei gewisser Strömungen in der Arbeiter-

Bewegung hinzustellen versucht. Er meinte, der Massenstreik sei ein Mittel, das vielleicht angewandt werden könne bei Protestveranstaltungen gegen Wahlrechtsverschlechterungen oder Erringung eines besseren Wahlrechts in Gestalt von Demonstrationen. Für die gewerkschaftlichen Organisationen und deren Kohnkämpfe würde der Massenstreik gar nicht in Frage kommen können. Diesen Optimismus Winnigs teile ich nicht. Die Massengegenjäre verschärfen sich zusehends, die bürgerliche Gesellschaft befindet sich immer mächtiger anwachsende Arbeiterbewegung, deshalb versucht sie alles, um ihr zu steuern. Die Unternehmerorganisationen werden immer größer und mächtiger. Die Aussperrungen nehmen zu an Zahl und auch an

Größe. Im Reichstage sowie in den einzelnen Landtagen droht man den Arbeitern mit der Verschlechterung oder dem Raub des ohnehin schon schlechten Koalitionsrechts. Durch geradezu ungeheure Strafen gegen die geringfügigsten Streitigkeiten versucht man die Arbeiter einzuschüchtern, um sie dann als billige Ware den Unternehmern zutreiben zu können. Die ganze Polizei- und Staatsgewalt steht dem Unternehmertum zur Seite und unterstützt dieses in der Wiederhaltung der Arbeiter auf allen Gebieten. Angesichts aller dieser Tatsachen muß sich jeder klarschauende Arbeiter die Frage vorlegen, ob der Massenstreik wirklich nur eine Spielerei für löse Kinder ist, oder ob es sich lohnt, ihn näher zu studieren und zu

diskutieren. Zugegeben, daß er ein Kampfmittel ist, das man nur im äußersten Falle anwenden soll, so glaube ich doch, daß es notwendig ist, daß sich die Arbeiter mit ihm beschäftigen. Niemand ist in der Lage, zu behaupten, daß angefeindete der feindlichen Stellungen, die die Arbeiter umgeben, und die sich immer schärfer gestalten, der spontane Ausbruch eines Massenstreiks einnat erfolgen kann. Deshalb heißt es: Ausbau der Organisations, den Arbeiter aufklären über alle Kampfmittel, deren er bedarf im Kampfe gegen den Kapitalismus, um sie in der richtigen Form und in der richtigen Zeit anzuwenden, dann wird er auch als Sieger aus allen Kämpfen, die ihm noch bevorstehen, hervorgehen. Anton Sagen, Leipzig.

Die Arbeitslosigkeit am 16. Dezember, 27. Januar, 24. Februar und 30. März nach Ortsgrößenklassen.

Orte mit 100 000 und mehr Einwohner	Zahl der beschäftigten Zweigvereine	Zahl der Mitglieder	Zahl der Befragten	Von den Befragten Mitgliefern waren																												
				Nach Berufen					Arbeitslos	Nach Berufen					Arbeitslos wegen Bitterungsverhältnisse					Arbeitslos wegen Krankheit												
				Maurer	Zementarbeiter	Schiffbauarbeiter	Eisenarbeiter	Schuldenarbeiter		Maurer	Zementarbeiter	Schiffbauarbeiter	Eisenarbeiter	Schuldenarbeiter	Maurer	Zementarbeiter	Schiffbauarbeiter	Eisenarbeiter	Schuldenarbeiter	Maurer	Zementarbeiter	Schiffbauarbeiter	Eisenarbeiter	Schuldenarbeiter								
Zähltag: 16. Dezember 1911.																																
Orte mit 100 000 und mehr Einwohner	40	138970	122188	106915	57852	2666	42972	2850	575	15268	12,5	7205	846	7165	385	167	4478	243	4449	209	144	156	8	175	41	2571	100	2541	135	28		
Orte mit 20 000 bis 100 000 Einwohner	136	68121	61928	53182	33765	318	17074	1939	26	8746	14,1	5415	27	3038	260	6	3744	21	2121	156	4	390	105	4	1281	6	812	98	2			
Orte mit unter 20 000 Einwohner	747	74023	69907	68748	43500	197	14129	910	12	11159	16,0	8842	16	2139	162	7056	11	1574	117	480	87	12	1306	5	478	33	26					
Summa	923	281114	254018	218845	135117	3181	74175	5759	613	35173	13,8	21682	389	12342	807	173	15278	275	8144	484	148	1026	3	367	57	5158	111	3831	266	26		
Zähltag: 27. Januar 1912.																																
Orte mit 100 000 und mehr Einwohner	41	140054	121893	76510	40693	1875	30247	2068	627	46283	33,0	25573	936	18793	955	121	12362	553	9778	460	84	9589	24	545	335	16	3622	142	3175	160	21	
Orte mit 20 000 bis 100 000 Einwohner	137	68805	60604	26235	16569	157	8424	1037	48	34369	56,7	22827	90	10485	936	31	11246	55	5259	422	26	9799	21	1129	328	1	1782	14	1097	186	4	
Orte mit unter 20 000 Einwohner	791	76298	72002	28052	19280	294	8032	441	6	43950	61,0	34522	62	8916	446	4	16205	40	4226	177	4	16531	13	4083	239	1786	9	607	30	2		
Summa	969	283152	254499	129797	76542	2326	46703	3546	680	124702	49,0	82922	1083	38199	2337	156	33913	648	1963	1059	114	35919	275	14057	902	17	7190	165	4879	376	25	
Zähltag: 24. Februar 1912.																																
Orte mit 100 000 und mehr Einwohner	41	140485	123238	92979	50674	2206	36538	2846	715	30264	24,6	16358	633	12262	911	90	10740	403	8192	544	56	2668	99	1726	196	9	2950	131	2344	171	25	
Orte mit 20 000 bis 100 000 Einwohner	138	67819	61617	41817	26728	359	12695	1481	54	20200	32,8	13084	68	6392	652	4	9463	49	4550	504	3	2296	12	1094	56	1	1325	7	748	92	1	
Orte mit unter 20 000 Einwohner	789	75101	71136	46357	33856	36	11562	897	6	24779	34,8	19430	15	4938	350	1	15273	10	8852	959	1	12830	3	721	71	1	1327	9	410	20	1	
Summa	948	283405	255896	180658	111258	2601	60795	5224	775	75233	29,4	48872	716	23637	1913	96	35476	462	16594	1307	60	7794	14	3541	323	9	5602	140	3502	283	26	
Zähltag: 30. März 1912.																																
Orte mit 100 000 und mehr Einwohner	39	145403	129322	113478	57891	2631	44600	3203	468	38515	26,4	12886	633	12262	911	90	10740	403	8192	544	56	2668	99	1726	196	9	2950	131	2344	171	25	
Orte mit 20 000 bis 100 000 Einwohner	127	67327	62217	56792	35379	263	16552	2191	1354	53	6425	10,3	3348	37	2548	341	4	2298	27	1880	233	109	2	146	111	17	6	904	10	557	91	32
Orte mit unter 20 000 Einwohner	735	76784	72702	65450	48729	154	15336	1070	135	26	7252	10,5	5012	9	2093	104	34	3409	4	1582	61	13	433	100	26	14	1170	5	411	17	7	
Summa	901	289514	264241	234720	141999	3048	76488	6454	19521	11,2	15446	449	11847	802	877	100	10527	338	8500	520	693	79	771	4	532	60	21	4148	107	2815	222	163

Während die monatlich veröffentlichten Ergebnisse der Arbeitslosenabfrage nach Bundesstellen geordnet sind, enthalten vorstehende Tabellen eine Übersicht über die an den ersten vier Zähltagen ermittelte Arbeitslosigkeit nach Ortsgrößenklassen. Die Orte, in denen Zweigvereine unseres Verbandes bestehen, sind in drei Gruppen eingeteilt. Die erste Gruppe umfaßt die Großstädte, Orte mit 100 000 und mehr Einwohnern, die zweite Gruppe mittelgroße Städte, Orte mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern, die dritte Gruppe Kleinstädte mit weniger als 20 000 Einwohnern. Aus den Tabellen ist ersichtlich, daß die größere Hälfte der Verbandsmittelglieder der Zweigvereine der 41 Großstädte angehört. In mittelgroßen Städten bestehen 147 Zweigvereine. Nimmt man als Gesamtzahl der vorhandenen Zweigvereine, wie in der letzten Jahresabrechnung angegeben, 1069 Zweigvereine an, so verbleiben in den Kleinstädten mit weniger als 20 000 Einwohnern 881 Zweigvereine. Diesen gehört vor der kleineren Hälfte der Verbandsmittelglieder ein etwas größerer Teil an als den 147 Zweigvereinen in den mittelgroßen Städten. Dieser Verteilung der Mittelglieder entspricht auch die Zahl der in den Zweigvereinen der einzelnen Ortsgrößenklassen gezählten arbeitslosen Mitglieder. Arbeitslose Mitglieder wurden gezählt in

Arbeitslosigkeit vorhanden. Am Zähltag des Monats März dagegen hat sich das Verhältnis infolgedessen verändert, als namentlich die Großstädte die prozentual höhere Arbeitslosigkeit aufwiesen. In den Mittel- und Kleinstädten stand die ermittelte Arbeitslosigkeit an diesem Zähltag unter dem Gesamtdurchschnitt. Daß die verhältnismäßige Gunst der Arbeitsmöglichkeit aber durchaus nicht in allen Großstädten gleich war, zeigt folgende Übersicht über die in diesen Zweigvereinen festgestellte prozentuale Arbeitslosigkeit.

Von hundert befragten Mitgliedern waren arbeitslos:

Ort	16. Dezember	27. Januar	24. Februar	30. März
Aachen	14,1	44,7	33,5	17,6
Augsburg	13,7	37,4	24,2	9,5
Barmen-Elberfeld	2,7	8,4	11,1	15,0
Berlin	25,9	89,7	31,9	21,8
Bodum	7,1	17,0	13,9	7,6
Braunschweig	1,9	52,2	5,0	1,8
Bremen	11,4	36,3	13,5	8,6
Breslau	19,6	57,6	29,6	17,9
Cassel	12,2	40,8	30,3	12,4
Chemnitz	10,7	38,5	26,4	11,9
Cöln a. Rh.	9,0	19,1	11,0	10,9
Crefeld	2,8	21,8	13,8	5,1
Danzig	12,5	73,0	34,1	14,9
Dortmund	6,8	22,7	35,2	10,4
Dresden	9,2	43,4	25,8	7,0
Duisburg	8,0	18,1	13,9	9,0
Hildesheim	7,6	17,7	15,5	9,4
Essen	9,8	46,4	14,2	7,7
Frankfurt a. M.	3,7	6,9	12,4	4,9
Frankfurt a. M.	7,1	31,6	21,1	8,6
Gelsenkirchen	6,3	20,0	22,5	2,5
Halle	12,0	37,1	28,4	15,2
Hamburg	8,4	34,4	26,4	19,3
Hannover	—	36,6	24,0	11,0
Karlsruhe	10,7	44,7	32,7	8,2
Kiel	8,1	67,6	28,3	16,5
Königsberg	11,9	62,5	53,8	14,7
Leipzig	12,6	40,1	22,6	8,4
Magdeburg	22,8	45,1	29,4	12,2
Mannheim	10,6	26,2	17,1	7,6
Mannheim	10,6	31,6	13,3	5,3
Mülheim a. d. Rh.	5,5	9,0	19,0	5,5
München	17,5	32,7	26,8	14,1
Nürnberg	16,1	41,2	24,7	15,4
Pflaun	8,0	58,0	26,7	6,9
Posen	21,0	51,3	29,6	10,0
Saarbrücken	14,0	—	—	8,8

Ort	16. Dezember	27. Januar	24. Februar	30. März
Stettin	9,9	56,2	32,2	19,5
Strasbourg	25,0	36,6	25,2	18,5
Stuttgart	9,0	36,4	14,0	—
Wiesbaden	18,9	37,1	30,4	18,2
Gesamtdurchschnitt	19,5	38,0	24,6	12,3

Danach war die Arbeitsmöglichkeit in einigen Großstädten ganz außerordentlich beschränkt. Berlin nahm in der Höhe der Arbeitslosenziffer fast eine Ausnahmestellung ein. In einer ganzen Reihe anderer Zweigvereine stand die Zahl der arbeitslosen Mitglieder erheblich über dem Durchschnitt. Die Beteiligung der einzelnen Berufe an der festgestellten Arbeitslosigkeit ist aus nachfolgender Zusammenstellung zu ersehen. Sie enthält die Zahl der in den Berufen an den Zähltagen festgestellten arbeitslosen Mitglieder sowie den Prozentsatz der Arbeitslosen zu den befragten Mitgliedern der betreffenden Berufe.

Datum	Orten mit 100 000 und mehr Einwohnern		Orten mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern		Orten mit weniger als 20 000 Einwohnern		Insgesamt
	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	
16. Dezember	7205	11,1	5415	13,1	8842	16,9	21462
27. Januar	25573	38,6	22827	55,7	34522	64,2	82922
24. Februar	16358	24,4	13084	32,9	19430	26,5	48872
30. März	7086	10,9	3348	8,6	5012	9,3	15446
Maurer							
16. Dezember	7205	11,1	5415	13,1	8842	16,9	21462
27. Januar	25573	38,6	22827	55,7	34522	64,2	82922
24. Februar	16358	24,4	13084	32,9	19430	26,5	48872
30. März	7086	10,9	3348	8,6	5012	9,3	15446
Bauhilfsarbeiter							
16. Dezember	7165	14,3	4308	15,1	2139	13,1	12342
27. Januar	18798	38,3	10485	55,4	8916	52,6	38199
24. Februar	12262	25,1	6392	33,5	4963	31,2	23637
30. März	7205	13,9	2548	13,3	2093	12,0	11847
Erdbauarbeiter							
16. Dezember	885	11,6	260	11,5	162	15,1	807
27. Januar	955	31,6	936	47,5	446	50,3	2337
24. Februar	911	24,2	652	30,6	350	28,1	1913
30. März	357	10,0	341	13,5	104	8,9	802
Sementearbeiter							
16. Dezember	346	11,5	27	7,8	16	7,5	389
27. Januar	936	33,3	90	36,4	62	17,5	1088
24. Februar	633	22,3	68	15,9	15	29,4	716
30. März	403	13,2	37	12,3	9	5,5	449

Entspricht nach dieser Zusammenstellung der größeren Mitgliederzahl eine größere Zahl der gezählten arbeitslosen Mitglieder, so bietet ein Vergleich der auf hundert der befragten Mitglieder entfallenden Arbeitslosen ein anderes Bild, wie folgende Zusammenstellung zeigt. Von hundert der befragten Mitglieder waren durchschnittlich arbeitslos in

Ort	16. Dezember	27. Januar	24. Februar	30. März
16. Dezember	15,268	87,46	111,59	35,173
27. Januar	48,328	34,369	43,950	12,4702
24. Februar	30,254	20,200	24,779	7,5233
30. März	15,844	6,426	7,252	2,9521

In den drei eigentlichen Wintermonaten Dezember, Januar und Februar war die Arbeitslosigkeit an den betreffenden Zähltagen in den Großstädten verhältnismäßig kleiner als in den Mittel- und Kleinstädten; in letzteren war in diesen drei Monaten prozentual eine größere Arbeits-

Table with columns: Datum, Orten mit 100 000 und mehr Einwohnern, Orten mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern, Orten mit weniger als 20 000 Einwohnern, Insgesamt. Rows for 16. Dezember, 27. Januar, 24. Februar, 30. März.

Stuttateure: 30. März I 696|50,4| 147| 9,8| 34|20,1| 877|12,8
Bergleitet man in dieser Zusammenstellung die Zahl der arbeitslosen Mitglieder nach Ortsgrößenklassen, so ergibt sich auch hier für die ersten drei Zählungen mit wenigen Ausnahmen eine verhältnismäßig größere Arbeitslosigkeit in den Zweigvereinen der Mittel- und Kleinstädte.

Auf die Beteiligung der Zweigvereine an der Einbindung der Berichtsbogen ist bei der monatlichen Berichterstattung mehrfach hingewiesen und die Notwendigkeit betont, daß möglichst alle Zweigvereine an der Arbeitslosenzählung, sowie an der pünktlichen Einbindung der Berichtsbogen teilnehmen müssen. Bei dieser Gelegenheit sei hinzu noch angeführt, daß die Zweigvereine der Großstädte an der Januar- und Februarzählung vollständig teilnahmen. Im Dezember fehlte Hannover mit etwa 3800 Mitgliedern und im März Stuttgart und Gelsenkirchen mit zusammen 4688 Mitgliedern.

während andere nur einmal Berichte lieferten. Möge dieser Hinweis die Mitglieder der betreffenden Zweigvereine anspornen, mit sich die regelmäßige und pünktliche Durchführung der Arbeitslosenzählung auch in ihrem Zweigvereine zu wirken. Begt man die in der letzten Jahresabrechnung enthaltenen Mitgliederzahlen zugrunde, so erhält man über die fehlenden Berichte aus den Zweigvereinen der Kleinstädte folgende Differenz. Im Dezember fehlten in der Berichterstattung 146 Zweigvereine mit 23 244 Mitgliedern, im Januar 89 Zweigvereine mit 23 080 Mitgliedern, im Februar 112 Zweigvereine mit 24 288 Mitgliedern und im März 146 Zweigvereine mit rund 25 000 Mitgliedern.

Ergebnis der Arbeitslosenzählung am 27. April.

Von der Zählung am 27. April haben 963 Zweigvereine Berichte eingesandt. Das ist gegen März und Februar eine erfreuliche Besserung; denn im März beteiligten sich nur 901 und im Februar 948 Vereine. Öffentlich wird die Beteiligung in den kommenden Monaten noch größer. Die Zählung ergab, daß am 27. April 8,3 pZt. der befragten Mitglieder unseres Verbandes arbeitslos waren. Die 963 an der Zählung beteiligten Vereine hatten 313 736 Mitglieder, von denen 287 801 befragt wurden. Von den Befragten waren 283 958 in Arbeit und 23 843 arbeitslos. Von den Arbeitslosen war die Ursache der Arbeitslosigkeit: Bei 16 694 Arbeitsmangel, bei 473 Witterungsverhältnisse und bei 6676 Krankheit. In Prozenten ausgedrückt waren von den Befragten 91,7 pZt. in Arbeit und 8,3 pZt. arbeitslos; 5,8 pZt. wegen Arbeitsmangels, 0,2 pZt. wegen Witterungsverhältnissen und 2,3 pZt. wegen Krankheit. Von den einzelnen Berufsgruppen waren die Isolierer am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen, die Maurer am wenigsten. Im Maurerberufe waren 6,7 vom Hundert, von den Betonarbeitern, Bauhilfsarbeitern und Erdbauarbeitern 10,8, von den Isolierern 13,1 und von den Stuttateuren 7,9 vom Hundert arbeitslos. Die freilebenden Stuttateure in Berlin sind, wie überhaupt Streikende, als in Arbeit stehend gezählt. Den höchsten Prozentsatz an Arbeitslosen hatten wieder, wie im März, die Reichslande Elb-Lothringen mit 19,6 pZt., den niedrigsten im Süden Württemberg, Baden und die Rheinpfalz, im Norden Pommern, beide Gebiete mit je 5 pZt. Ueber den Reichsdurchschnitt von 8,3 pZt. hinaus hatten folgende Landesteile Arbeitslose: Ost- und Westpreußen und Posen 10,3 pZt., Schlesien 8,9 pZt., Brandenburg einschließlich Berlin 14,3 pZt., Provinz Schleswig-Holstein und Staatsgebiete Hamburg und Lübeck 8,5 pZt., Bayern ohne Rheinpfalz 11,1 pZt. und Elb-Lothringen 19,6 pZt. Unter 8,3 pZt. hatten: Pommern 5 pZt., Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt 6,2 pZt., Hessen-Nassau und Großherzogtum

Hessen 8,1 pZt., Westfalen, die Fürstentümer Lippe und Waldeck 6 pZt., Provinz Hannover, Herzogtum Braunschweig, Großherzogtum Oldenburg und Bremen 6,6 pZt., beide Mecklenburg 7,1 pZt., Königreich Sachsen 5,6 pZt. und Württemberg, Baden und Rheinpfalz 6 pZt.; die Rheinprovinz hatte wie das ganze Reich 8,3 pZt. Arbeitslose. Der Grad der Arbeitslosigkeit hat also überall abgenommen. Immerhin aber ist die Zahl der Arbeitslosen in Anbetracht der Jahreszeit groß zu nennen. Von je hundert Mitgliedern sind immer noch acht arbeitslos; das ist ein Verhältnis, von dem ernsthaft zu wünschen ist, daß es sich noch sehr bessern möge. In 8,3 pZt. Arbeitslosen kommt noch eine große Summe von Not zum Ausdruck.

In der nachstehenden kleinen Tabelle sind die Verhältniszahlen über die Arbeitslosigkeit nach den Ergebnissen der in dieser Zählperiode bis 27. April gegebenen Zählungen enthalten. Sie ermöglichen, für die einzelnen Landesteile Vergleiche über den Grad der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Monaten anzustellen.

Table with columns: Landesteil, 1911 (16. Debr., 27. Jan., 24. Febr.), 1912 (30. März, 27. April). Rows for various provinces like Provinz Ostpreußen, Westpreußen und Posen, Provinz Pommern, etc.

In andern Berufen vorübergehend beschäftigt waren am 27. April nach den Angaben der Zweigvereine 1013 Kollegen.

Large table with columns: Landesteil, Zahl der Berichtsbogen, Zahl der Mitglieder, Zahl der Befragten, Nach Berufen (Maurer, Zementm., Hilfsarbeiter, Eisenarbeiter, Stuttateure, Isolierer), Arbeitslos (In Arbeit, In Prozenten), Arbeitslos wegen Arbeitsmangels, Arbeitslos wegen Witterungsverhältnissen, Arbeitslos wegen Krankheit. Rows for various provinces and a Summa row.

Friesenleger. Die Firma Math. Adrian, Flux- und Wandplattengeschäft, verleiht fortwährend gegen den Tarifvertrag, indem sie sich weigerte, die Tariflöhne zu zahlen und organisierte Friesenleger einzustellen. Dagegen mußten sich selbstständig die Kollegen mit aller Entschiedenheit wehren. Da alle Versuche, die Innehaltung des Tarifes auf friedlichem Wege zu erreichen, scheiterten, wurde am 3. Juni die Sperrung über die Firma verhängt. Nach einjähriger Dauer war diese erledigt; die Firma erkannte den Tarif an und verpflichtete sich, alle seine Bedingungen zu erfüllen. Es wäre sehr zu wünschen, wenn die Kollegen überall mit derselben Entschiedenheit den Tarifdurchbrechungen gegenübertraten würden.

Gipser und Stuttateure. In Berlin ist, wie wir schon in voriger Nummer kurz berichteten, die Lohnbewegung am 1. Juni beendet worden. Seit 11. Mai währten die Verhandlungen, die am 31. Mai vor dem Einigungsamt beendet wurden. Die Unternehmer hatten am 23. Mai für das letzte Jahr des auf vier Jahre abzuschließenden Vertrages die achtstündige Arbeitszeit geboten und für das dritte Vertragsjahr eine Verkürzung der Arbeitszeit auf achteinviertel Stunden. Der Tagelohn sollte in Stundenlohn umgewandelt werden und dann für Bauarbeiter 3 S. Zulage gewährt werden, prozentual daselbe für die Werkstattarbeiter. Vor dem Einigungsamt blieben die Unternehmer bei diesen Forderungen. Zulezt wurde folgender Vergleichsvorschlag gemacht: die

Arbeitszeit verkürzt sich am 1. Oktober 1912 um eine Viertelstunde, um eine weitere Viertelstunde am 1. Oktober 1913. Als Minimallohn wird bei Anwendung des bisherigen Tagelohnes in Stundenlohn gezahlt: an Bauarbeiter sofort 91 S. (bisher Tagelohn M. 7,50), vom 1. Oktober d. J. an 94 S., vom 1. Oktober 1913 an 97 S.; für Gipser 74 S. (bisher Tagelohn M. 5,75), vom 1. Oktober 1913 an 77 S., vom 1. Oktober 1913 an 80 S.; für die übrigen Werkstattarbeiter (bisher Tagelohn M. 8,25), sofort 86 S., vom 1. Oktober an 89 S., vom 1. Oktober 1913 an 92 S. Die Bestimmungen über Ueberstunden sind dahin abgeändert worden, daß zur Beendigung einer Arbeit an einer Arbeitsstelle an einem Tage und nur in einem Falle bis zu zwei Ueberstunden auf Verlangen des Unternehmers gemacht werden können. An solcher Arbeit sind Ueberstunden zum

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Altenburg. Am 31. Mai verunglückte bei Ausbesserungsarbeiten am Neubau der Schmiedischen Fabrik in Pötteberg der Hilfsarbeiter Wendorf aus Altenburg dadurch, daß eine ungefähr 2 m hohe Erdbwand herabstürzte und Wendorf unter sich begrub. Auf Anordnung des Magtes wurde B. in das Altenburger Landeskrankenhaus überführt. Leider die Art seiner Verletzung konnten wir noch nicht erfahren.

Mie i. Erzgeb. Am 5. Juni verunglückte der an einem Neubau in der Schwärzenberger Straße beschäftigte 31 Jahre alte Handarbeiter Max Schmalzfuß tödlich. Der Kollege war beim Mischen beschäftigt und trug mit einem Mitarbeiter eine Schwerkranke, um diese an den aufgestellten Kniestangen zu befestigen. Infolge des umherliegenden Steingerölls fiel Schmalzfuß und stürzte mit der Kranke an die aufgestellte Kniestange. Das halb fertige Gerüst brach zusammen und Schmalzfuß fiel eine Stange auf den Kopf. Der Bedauernswerte erlitt dadurch einen Schädelbruch, der am Abend seinen Tod herbeiführte.

Bernau. Am 28. Mai verunglückte die Kollegen Reinhold Wäpvald und Krabbe, die am Neubau des Güterschuppens am hiesigen Bahnhof mit Steintragen beschäftigt waren, dadurch, daß sich die Spreizer der Leiter gelockert hatten, wodurch die Leiter ins Schwanken kam und die beiden Kollegen abstürzten. Mit schweren inneren und äußeren Verletzungen fanden sie Aufnahme im Krankenhaus.

Borsum. Auf den Neubauten der Bede Dahlshäuser Tiefbau stürzte am 3. Juni der Bauhilfsarbeiter Johann Göbel von einer Leiter 6 m tief in den Trichter der Feinholzwäsche. Er erlitt Verletzungen am Kopfe und an den Schultern. Man brachte den Verletzten nach dem evangelischen Krankenhaus in Linden. Wie man uns berichtet, war die Leiter, von der Göbel abstürzte, zu kurz und nicht genügend befestigt. Nachdem der Unfall geschehen war, wurde eine längere Leiter in Gebrauch genommen. Ein Beweis, daß fahrlässig gehandelt worden ist.

Am 3. Juni brach am Anbau des Birkes Rasche in der Wolfstraße (Unternehmer-Nehme) beim Aufsteigen eines 100 Zentner schweren Lastenträgers der Maßbaum, der Träger, dem man bereits 1 m hoch geogen hatte, stürzte mit dem Flasenzug ab. Der Maurer August Sandleben wurde von dem Seil, mit dem der Flasenzug aufgezoogen worden war, getroffen und an der linken Schulter und am rechten Fuß erheblich verletzt. Er mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Der Lastenträger wurde von der Gewerkschaft Lindenberg aus Mitleid gelöst. Sie hatte auch dessen Aufbringen zu besorgen. Der Warnung des am Bau tätigen Kollers Wodtsch, zum Aufziehen eines so schweren Trägers einen stärkeren Mast zu benutzen, gab der leitende Monteur der Gewerkschaft Lindenberg keine Folge. Er ist fast genug, sagte er und begann mit der Arbeit. Nur zu schnell stellte sich dann heraus, daß die Warnung des Kollers berechtigt war. Erst mußte aber dabei noch ein Arbeiter zu Schaden kommen.

Burg b. M. Am 3. Juni ereignete sich auf dem Neubau des Krankenhauses ein Unfall, indem unser Kollege Paul Linder aus einer Höhe von 12 m durchs Fenster abstürzte. Er kam zum Glück mit leichten Verletzungen, einer Verwundung des Rückgrats und der Rippen davon. Doch wird er längere Zeit arbeitsunfähig sein. Der Bau wird zum Teil über die Hand gemauert, aber irgendeine Schutzkantung ist nicht vorhanden; wäre sie vorhanden, so hätte der Kollege nicht gleich drei Tagen abstrinken können. Hoffentlich bringt man nun eine Schutzkantung an.

Cöln. Deckeneinzug in einer Badeanstalt. Am 7. Juni ist in der erst vor zwei Monaten eröffneten großen Ehrenfelder-Badeanstalt die Decke über dem Schwimmbassin eingestürzt. Die herabfallenden Betonstücke haben den 17 Jahre alten Oberfeldwander Heinrich Jacher getötet, zwei andere junge Leute, Johanneden aus Ehrenfeld und Wilheshaus, wurden an Kopf und Brust schwer verletzt; sechs junge Leute, von denen der Sohn des Pastors Pellmann einen Armbruch erlitt, waren leichter verletzt und konnten sich nach Hause begeben. Zur Zeit des Unfalls waren etwa 25 Personen im Schwimmbad. Die Betondecke ist bereits seit anderthalb Jahren vollständig fertiggestellt gewesen; seit einigen Tagen haben sich Risse gezeigt, die von den Baderarbeitern bemerkt sofort an die Baubehörde und die Bauleitung gemeldet worden sind, und diese haben sofort eine Untersuchung durch den Bauunternehmer veranlaßt. Man hat die Risse anscheinend für harmlos gehalten und sie am 8. Juni ausbessern wollen. Eine Stunde vor dem Einsturz ist der Unternehmer noch mit einem Koller auf dem Dach über der Decke gewesen. Ob das Baumaterial nicht die nötige Festigkeit gehabt hat, oder ob vielleicht die schädliche Wirkung der Wasserdränke die Veranlassung der Risse und in ihrer Folge der Katastrophe gewesen sind, wird die Untersuchung ergeben müssen. Mehrere Damen, die kurze Zeit vor dem Verlassen des Bades während der Damenabteilung anwesend waren, haben ein leises Knistern vernommen, selbstverständlich jedoch nicht ahnen können, woher dieses kam und welche traurigen Folgen es nach sich ziehen werde. Wenn auch ein abschließendes Urteil über den Einsturz bis jetzt nicht möglich ist, so kann doch jetzt schon gesagt werden, daß dieses Ereignis eine furchtbare Blamage für die Verantwortlichen des Baues ist. Mit einem Aufwand von einer Million hat man die Anstalt unter Oberleitung des städtischen Hochbauamtes errichtet, und sie war erst zwei Monate im Betrieb. Und nun stürzt die ganze Decke herunter und richtet furchtbares Unheil an. Ungeheuerlich, wenn die Vermutung zutreffen sollte, daß die kurze Zeit der Einwirkung der Wasserdränke die Ursache des Einsturzes war! Ungeheuerlich, wenn das Material auch ohnedies die erforderliche Festigkeit nicht gehabt hat. Das Entsetzliche aber scheint zu sein, daß man seit Wochen die Beschaffenheit der Decke gekannt hat, darauf aufmerksam gemacht worden ist. Es herrscht eine unsagbare Empörung, besonders unter der Ehrenfelder Einwohnerschaft. Man begreift nicht, warum nicht sofort der gefährdete Teil des Bades gesperrt worden ist.

zweiten Male, auch mit Genehmigung der vertraglichen Zulassen, nicht zulässig. Bauarbeiten sind bei drei Stufarbeiten zu stellen, bei einem oder zwei Stufarbeiten ist vom Unternehmer für anderweitige Unterhalt Sorge zu tragen. — Heutzutage ist die Beratung des Affordbarität. Das Einigungsamt konnte am selben Tage diesen Teil des Vertrages nicht mehr bewilligen und die Parteien einigten sich dahin, daß sie selbst berufen wollen, einzig zu werden, daß aber in einem Falle bis 7. Juni das Einigungsamt angerufen sein muß, das dann endgültig entscheidet. Das ist geschehen. Die Unternehmer besitzen jetzt die Unberufenheit, Abzüge bis zu 20 pSt. für Mehrarbeit zu fordern, so daß hier noch ein arger Konfliktpunkt liegt. Die Annahme der Einigungsabstufung durch die Arbeiter erfolgte nur in der Voraussetzung, daß am alten Affordvertrag Verschlechterungen nicht vorgenommen werden. Das war den Unternehmern vorher mitgeteilt worden. Trotzdem erklärten sie, nur ihre Anträge zum Affordvertrag könnten zur Beratung stehen. Das Ende wird man abwarten müssen. Leider sind die Streitenden nicht alle in Arbeit gekommen, so daß den Kollegen nur zu raten ist, Berlin zu meiden, da erst die Streitenden in die alten Betriebe aufgenommen werden sollen.

Seinen kämpfenden Brüdern in den Süden gefallen ist, wie man uns aus Darmstadt mitteilt, der Stufarbeiter Heinrich Zabel aus Darmstadt. Bekanntlich stehen auch die Gipser und Stufarbeiter der Schweiz seit Wochen in einem harten Kampfe mit dem Unternehmertum. Mit allen Mitteln versuchen die Unternehmer, in Deutschland Streikbrecher anzuwerben. Heinrich Zabel aus Darmstadt ließ sich nun von dem Agenten Wintermeier verleiten, als „Arbeitswilliger“ nach Luzern zu reisen. Obwohl von der dortigen Leitung alles versucht wurde, ihn zur Abreise zu bewegen und ihm sogar auch andere Arbeit angeboten wurde, arbeitete er als „Arbeitswilliger“ weiter und leitete die ihm angebotene Arbeit ab. Die Darmstädter Stufarbeiter werden danach wissen, mit wem sie es bei Zabel zu tun haben. Die Organisationsleitung erwartet von den Kollegen, daß sie den Schweizer Kollegen gegenüber strenge Solidarität üben und den von den Unternehmern bezahlten Menschenverkaufern, die in der hiesigen Gegend ihr Unwesen treiben, die Tür weisen, um so mehr, als der Ausgang des Kampfes in der Schweiz nicht ohne Folgen auf die Verhältnisse im Stufarbeitergewerbe in Deutschland bleiben wird. Glauben doch jetzt schon einzelne Darmstädter Unternehmer, die Vertragsbestimmungen umgehen zu können, ein Vorgang der alle Bedauern verdient. Es liegt deshalb an den Stufarbeitern, dafür zu sorgen, daß das böse Beispiel eines Zabel keine Nachahmung findet, dann wird es dem Bauarbeiterverband ein leichtes sein, auch den Darmstädter Unternehmern klar zu machen, daß sie abgeschlossene Verträge halten müssen.

Stolierer und Steinholzleger.

Leipzig. Die Steinholzleger beschloßen in ihrer letzten Versammlung, daß in Zukunft die Versammlungen regelmäßig den letzten Sonntag im Monat stattfinden sollen. Beginn nachmittags 5 Uhr. Bezüglich des Arbeitsnachweises wurde folgendes beschloßen: Alle arbeitslosen Leger, Helfer und Hilfsarbeiter haben sich bei dem Austritt aus der Beschäftigung persönlich auf dem Arbeitsnachweis einzutragen zu lassen. Tritt ein Leger usw. in andere Beschäftigung, so hat er dieses dem Arbeitsnachweis sofort zu melden. Weibet sich ein Arbeitsloser sechs Tage hintereinander nicht zur Kontrolle, so wird er im Arbeitsnachweis gestrichelt und muß sich dann von neuem einschreiben lassen. Erkannt ein Arbeitsloser, der bereits länger als eine Woche arbeitslos war, so bleibt er bis zur 13. Woche im Arbeitsnachweis stehen. Leger usw., die ihr Arbeitsverhältnis durch Krankheit und Übungen beim Militär unterbrechen mußten, können nach Beendigung der Krankheit usw. durch den Arbeitsnachweis sofort in ihre früheren Stellen vermittelt werden. Die Kollegen werden ersucht, die Beschlässe genau zu beachten.

Internationale Bauarbeiterbewegung, Oesterreich.

Ueber einen erfreulichen Aufschwung unseres österreichischen Maurerverbandes berichtet dessen Verbandsorgan, „Der Maurer“, in seiner letzten Nummer. Er erinnert daran, daß nach dem großartigen Aufschwung des Verbandes in den Jahren 1904 bis 1906 ein rückwärtiger Rückgang einsetzte, der bis 1909 andauerte. Im Jahre 1910 war bereits ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen. Im Jahre 1911 hielt die Steigerung an und auch in diesem Jahre geht es kräftig vorwärts. Im August 1906 erschien das deutsche Fachblatt unserer österreichischen Kollegen in einer Auflage von 20 000 und etwas später von 20 800 Exemplaren. Die letzte Nummer des „Maurer“ erschien in einer Auflage von 21 000 Exemplaren, so daß also die Auflage von 1906 bereits überschritten ist. Der „Maurer“ hofft, daß die gute Konjunktur im Hochsommer noch eine weitere Steigerung bringen wird. Freilich ist trotz der gesteigerten Auflage des deutschen Fachblattes die Mitgliederzahl von 1906 noch nicht wieder erreicht. Damals hatte der Verband 87 796 Mitglieder, Ende 1911 aber erst 28 471. Wie hoch die Mitgliederzahl gegenwärtig ist, läßt sich nicht genau feststellen, doch zweifelt der „Maurer“ daran, daß in diesem Jahre die Mitgliederzahl von 1906 noch erreicht werden kann. Schuld daran sind die tschechischen Separatisten, die die Einheitsorganisation auseinanderrissen und die in den ihnen beherrschten Gebieten heute noch jeden Fortschritt verhindern, so daß nur im deutschen, italienischen und slowenischen Gebiet Erfolge zu erzielen sind. Hoffen wir, daß wenigstens in diesen Gebieten der Aufschwung anhalten und der Verband, trotz der tschechischen Abspaltung, seine alte Stärke bald wieder erreichen möge!

Eulmssee. Am 23. Mai ereignete sich auf dem Gut Bagau beim Ausschalen einer Patendede dadurch ein Unfall, daß die Decke herabstürzte, die Barterdecke durchstieß und zwei Kollegen mit in den Keller hinabstieß. Beide erlitten schwere Verletzungen.

Dresden. Am 5. Juni stürzte am Soteneubau in der Antonstraße der Stufarbeiter Götzlich aus einer Höhe von etwa 3 m ab und zog sich innere Verletzungen zu, so daß er mittels Dreifache nach seiner Wohnung gebracht werden mußte. Wer den Unfall verschuldet hat, konnte noch nicht festgestellt werden.

Eisenhof. Obwohl das nicht mehr zulässig ist, arbeiten hier die Frauen auf den Bauten immer noch elf und Sonntags zehn Stunden. Keine Behörde kümmert sich darum. Würden die Arbeiter in eine Lohnbewegung eintreten, dann würde die Behörde ihr Augenmerk hier sofort auf diese Lenken, auch wenn keinerlei Angelegenheiten vorlägen. Aber wenn die Unternehmer gegen die Arbeiterschutzgesetze verstoßen, so stellt sich die Behörde blind und taub. Auch von einer Kontrolle der Berufsgenossenschaft haben unsere Kollegen in diesem Jahre noch nichts gesehen. Manches würde allerdings trotzdem besser sein, wenn unsere Kollegen etwas mehr Interesse zeigten.

Essen. (Wartenkontrolle.) Am 17. Mai wurde hier eine Wartenkontrolle vorgenommen. Kontrolliert wurden 52 Bauten. Die Bauten sind im allgemeinen sehr mangelhaft. Bei dem Untereisenbau Lüding, Seibertstraße, diente die Bude als Geschützbude, es fehlten die Fenster, der Verbandkasten war ohne Inhalt. Bei der Firma Jäger & Kessler waren die Bauten nicht der Vorschrift entsprechend, sie waren sowohl in der Brunnens- wie in der Josefstraße nicht wasserdicht, auch die Fußböden waren mit Steinen gepflastert, was dem § 78 Abschnitt 2 der Polizeiverordnung vom 23. März 1912 zuwiderläuft. Die Aborte sind meist im ganzen Stadtgebiet Essen nicht dicht hergestellt. Die Abgänge mußten entweder in gemauerten und gementierten Abortgruben oder in wasserdichten Behältern (Tonen) gesammelt werden. Das geschieht in vielen Fällen nicht. Auf der Baustelle muß auch für etwaige Unglücksfälle ein verschließbarer, feuerdichter Verbandkasten mit einem Notverband erforderlichen Gegenständen (Verbandwatte, Wädel, Desinfektionsmittel und dergleichen) vorhanden sein. Hiermit sieht es in Essen sehr traurig aus; auf fünf Bauten waren überhaupt keine Verbandkasten zu finden, und eine große Zahl war nicht feuerdicht, auch fehlte teilweise der Inhalt. Was die Abdeckung von Balkenlagen und Treppenhäusern anbelangt, so findet man, daß die Gänge schlecht gelegt sind, Deckungen nicht abgedeckt oder der Einschnitt herausgenommen ist. Die Schutzgerüste sind teilweise sehr mangelhaft, wenn überhaupt solche vorhanden sind. Vielfach liegen die Stöße zu weit auseinander, statt 1,50 m in vielen Fällen 2 m, sogar 2,40 m. Knabbecker fehlen gänzlich. Bei denartigen mangelhaften Schutzgerüsten sind Unfälle sehr leicht möglich. Die Deckungen der Bauten, durch die die Arbeiter ein- und ausgehen, sowie die zu ebener Erde liegenden Arbeitsstellen, sofern sie nicht genügend weit vom Gerüst entfernt liegen, müssen durch Schutzbänder vor etwa herabfallenden Gegenständen geschützt werden. In Drottrop wurden 40 Bauten kontrolliert. Auch dort fehlten fast sehr krasse Mißstände heraus, besonders in bezug auf Baubuden, Aborte und Verbandkasten. So wurde auf der Kolonie Prosper bei dem Unternehmer Schoppaus überhaupt kein Verbandkasten gefunden. Auch beim Anbau bei demselben Unternehmer an der Eigener Straße fehlten Tisch, Wädel, Verbandkasten und die Vorschriften. In der Baubude bei den Koloniebauten der Gesellschaft Arenberg, Unternehmer Bergenthal, war kein Tisch vorhanden. Der Abort war schlecht abgedeckt, auch fehlte der Verbandkasten. In einer Familienwohnung der Bede Prosper arbeiteten drei Daadeker ohne jegliche Schutzvorrichtung. Gefragt, wo sie die Rettungsgürtel hätten, erklärten die Leute, die Bede liefere ihnen keine Gürtel. Auch bei den Dachdeckern und Klempnern werden die einfachsten Schutzbestimmungen außer acht gelassen.

Sagenbüdingen. Auf dem Thyffenschen Werk, auf dem im letzten Jahr schon eine große Zahl von Arbeitern ihr Leben oder ihre Gesundheit Knochen lassen mußten, ist es mit dem Bauarbeitererwerb immer noch nicht besser bestellt. Am 1. Juni verunglückte aus diesem Grunde erneut ein Arbeiter tödlich. Bei der Firma Bedorf aus Dortmund, die die Betonarbeiten ausführt, stürzte der Arbeiter Gottlieb von etwa 30 m in die Tiefe. Zwei Stunden später starb er an den erlittenen Verletzungen. Als ein Kollege den Koller der Firma fragte, weshalb diese ohne Schutzgerüst arbeiten lasse, erhielt er die geradezu ungläubliche Antwort, Schutzbänder wären bei der Firma nicht Mode, das hätten sie noch nie gemacht. Dabei liegen sich in den Eisenbindern sehr leicht Schutzgerüste anbringen. Wir fragen die zuständigen Behörden, ob sie dieser unerhört leichtsinnigen Vernichtung von Menschenleben, wie sie auf diesem Werke hilflos weinend geduldet wird, auch noch fernerhin untätig zusehen wollen?

Hamburg. An der Bäderreinstellung in Altona stürzte am 31. Mai der Arbeiter S. Neben dem Dach ab. Innerlich schwer verletzt wurde er dem Krankenhaus zugeführt. Am 1. Juni stürzte an dem Bau der Kirche Sade Saloviusstraße und Lütkeholzstraße der Maurer Gerbe aus dem zweiten Stock vom Gerüst ab. Er erlitt Rückenverletzungen und wurde auf seinen Wunsch in seine Wohnung transportiert. Bei dem Unfall fehlte die doppelte Stange, wie auch sonst an dem Kirchenbau die Schutzvorrichtungen sehr mangelhaft waren. Das Eigenartige ist, daß der in Frage kommende Zimmermeister Sauerberg selbst schon jahrelang Vertrauensmann bei der Berufsgenossenschaft ist. Theorie und Praxis ist bei den Leuten geroerlet. Am 3. Juni brach an dem Bau in der Thonstraße in Wandse in der Gerüst ein Menzger durch, obwohl das Gerüst nicht überlastet war. Schlechtes Gerüstholz war mit in die Ursache des Unfalls, bei dem der Maurer Engels ziemlich schwer verletzt wurde. Am selben Tage brach am Leutenweg der Betonarbeiter A. Hartmann mit einem Brett durch und fiel 5 m ab. Er erlitt eine Fußverletzung. Am 4. Juni stürzte an einem Bau in der Sorbenstraße der Zimmerer Aug. Strügg ab. Er erlitt leichtere Verletzungen. — Eine Weibestraße

und Grobstraße stürzte am 6. Juni an einem Umbau eine Betondecke ein, wobei der Bauarbeiter Ehrlicher tödlich verunglückte. Die Decke, die auf einem Ende auf einer einen Stein starken Mauer ruhte, sollte fortgenommen werden. Das Widerlager war weggenommen, ebenfalls war die Verankerung lösgelassen. Der Verunglückte machte sich unter der Decke zu schaffen. Die Schuld an dem Unfall trifft aber die Bauleitung mit, die die Decke, bevor man überhaupt anfangen zu stemmen, auf dem einen Ende hätte abheben lassen müssen.

Herne. Am 5. Juni stürzte am Bau des Unternehmers Schrader an der B. d. Schöbstraße der Kollege Böhse aus dem obersten Stock in den Hof hinab. Die erhaltenen Verletzungen waren derartig schwer, daß B. kurz nach Entlassung ins Krankenhaus starb. Das Unglück ist zweifellos auf die fehlenden Schutzvorrichtungen zurückzuführen. Eine eingehende Untersuchung und exemplarische Bestrafung des Schuldigen wäre am Platze.

Nord-Ciuder. Ein Bauunglück ereignete sich am 28. Mai am Neubau des Bauunternehmers Josef Frank, in dem drei 12 m lange Träger über die Schaufenspitzen gelegt werden sollten. Die Mauerer magten den Polier wiederholt darauf aufmerksam, daß das Gerüst für diese Arbeit zu schwach sei. Aber das half nichts. Schon beim dritten Träger ging das Gerüst von der Mauer ab und die acht Mann mit. Ein Mann wurde am Arm, einer am Fuß verletzt. Der Polier, der das Gerüst gebaut hatte und die ganze Schuld an dem Unfall hatte, erlitt schwere Verletzungen am Kopf und im Rücken. Er mußte von der Baustelle gefahren werden. An der Baustelle ist keine Baubüro vorhanden. Ein Abort wird zugleich als Baubüro benutzt.

Karlruhe. Am 24. Mai verunglückte der Kollege Jakob Bauer von Mühlberg dadurch, daß er beim Abbruch eines Pfeilers an dem Kaufhaus Knopf von einem umfallenden eisernen Ständer getroffen und am rechten Oberarm schwer verletzt wurde. Dieser Unfall hätte vermieden werden können, wenn man mit der nötigen Vorsicht bei dieser Arbeit vorgegangen wäre. — Am 23. Mai stürzte unser Kollege Ernst Lang von Bintenheim so unglücklich beim Putzen einer Fassade von einem Gerüst, daß er sich einen Bruch der Wirbelsäule, einen Bein- und einen Armbruch zuzog. Wen die Schuld an dem Unfall trifft, kann erst dann festgestellt werden, wenn Kollege Lang wieder vernehmungsfähig ist. — Am 6. Juni stürzte an einem Neubau Wilhelmstraße 47 der Kollege Ludwig Hoffmann von Spöck drei Stock hoch von einem Gerüst herab. Hoffmann wollte ein Gerüstholz entfernen, bekam dabei das Lebergewicht und stürzte von der Leiter. Er wurde mittels Kranenautomobil ins städtische Krankenhaus gebracht. Die Verletzungen sind sehr schwerer Art und bestehen in Wirbelsäulenbruch, Rippenbruch und Brustquetschung. Bei dieser Gelegenheit setzen wir uns namentlich vor, daß unsere Kollegen im Zweifelsfall Karlsruher das dringende Ersuchen zu richten, uns doch sofort von jedem vorkommenden Unfall zu unterrichten. Denn es ist geradezu unverantwortlich für die Kollegen, wenn sie diese Pflicht nicht erfüllen und wir bald jeden Unfall erst durch den Polizeibericht erfahren müssen. Also: et was in mehr Pflichten gefüllt.

Königsberg i. Pr. Bei der Firma Sechter aus Elbing, die hier Spezialbeden ausführt, wurde am 6. Juni der Kollege Knefeld durch einen herabfallenden Unterzug auf der Stelle erschlagen. Die Schuld trifft den Polier, der den Ritzbaum, an dem die Unterzüge hochgezogen wurden, nicht genügend verschwert hatte, so daß dieser umstürzte.

Lehrte. Ein äußerst schwerer Unfall ereignete sich am 3. Juni an dem Neubau des Eisenbahn- und Wohnungsvereins in der Mollhestraße, der vom Maurermeister Wrede ausgeführt wird. Die Arbeiter sind bereits bis zur Hälfte der dritten Etage hochgeführt und man begann mit der Aufmauerung der letzten Mischungsstufe. Das Material wird an der Vorderfront aufgefunden. Als man einen eisernen Kessel mit Kalt auf einem kleinen Rollwagen nach der Frontfront transportierte, brach am Gerüst ein Holzriegel und die Mauerer August Logmeier und Karl Freunsch stürzten etwa 14 bis 15 m in die Tiefe. Erstere, der verheiratet ist und ein Kind hinterläßt, war sofort tot; Freunsch wurde so schwer verletzt, daß er seinen Aufkommen ebenfalls zu zweifeln ist. Der Schuldige an diesem schweren Unglücksfall dürfte unmissbar festzustellen sein: In § 8 Absatz 6 der Unfallverhütungsvorschriften heißt es, daß die Holzriegel aus gutem, gesundem Holz zu entnehmen sind und genügend stark sein müssen. Der genannte Riegel war alt und verbraucht, an der Druckstelle waren quer durch ihn zwei im Laufe der Jahre vollständig verrotzte Nagel vorhanden, die ebenfalls getöndert auf den Riegel eingewirkt hatten. Bei der geringsten Aufmerksamkeit hätten man diesen Riegel vom Gebrauch beim Mischen ausschalten müssen. Am Nachmittag waren bereits Behörden von Burgdorf, der Richter Stadtbaumeister und auch zwei Polizeibeamte an der Unfallstelle, um nach dem Rechten zu sehen. Wie der eine Polizeibeamte seine Aufgabe ausführte, geht aus folgendem Auspruch hervor: „Man muß sich doch wundern, daß solche Unfälle sich immer am Montag ereignen müssen! Wie grau schon immer vor dem Montag; aber da gibt es Sonnabends Geld und das muß doch bis Montag alle gemacht sein!“ Das ist ein geradezu unerhörter Vorwurf angefaßt, der oben geschilderten Minderwertigkeit des Baumaterials.

Leipzig. Am 1. Juni stürzte an dem Neubau des Unternehmers Möllig in Schönefeld bei Leipzig, Hoffitz- und Wallwitzstraße, ein Mauerer etwa zweieinhalb Etagen hoch herab. Die Verletzungen waren glücklicherweise nur leichtester Natur. Der Unfall entstand dadurch, daß an dem Neubau bei dem Leber-die-Gand-mauern nicht das geringste Schutzgerüst vorhanden war. — Am 7. Juni fiel an dem Neubau des Straßenbahnhofs in Leipzig-Dölitz ein Bauhilfsarbeiter von einem mit Klüppel hochbeladenen Wagen herab und brach den rechten Unterhaken. Er wurde nach dem Krankenhaus gebracht. — Am 5. Juni wurde bei dem Erdarbeiten am Neubau des Zentralbahnhofs ein 22 Jahre alter russischer Arbeiter am linken Fuß schwer verletzt. Der Arbeiter wollte eine beladene Kiste einer Feldbahn weiter befördern. In einer Weiche blieb er mit dem linken Fuß hängen und dabei ging ihm ein Nagel der Kiste über den Fuß. Er wurde

in das Krankenhaus geschafft. — An demselben Tage waren an dem Neubau Wittenberger Straße 75 die Zimmerer mit dem Hochziehen der Dachsparren beschäftigt, als auf noch unaufgeklärte Weise aus dem dritten Obergeschoß eine 1 m lange Balge, die zum Fortbewegen des Holzes diente, herabfiel und den Zimmerer Goltzsche traf. Goltzsche erlitt einen schweren Schädelbruch und mußte nach dem Krankenhaus geschafft werden. Kurze Zeit nach der Entlassung ist er gestorben. — An demselben Tage stürzte an einem Abbruch am Neumarkt ein Arbeiter infolge Fehltritts circa 10 m hoch herab und erlitt dabei Verletzungen an der rechten Schulter.

Lüneburg. Auf Grund eines ministeriellen Erlasses hat bei der Herausgabe einer ländlichen Bauordnung für den Regierungsbezirk Lüneburg nunmehr auch der Herr Regierungspräsident in § 47 dieser Bauordnung eine Bestimmung, betreffend den Schutz der Arbeiter auf Bauten, eingefügt. Die Verordnung selbst, die im Reichsgesetzblatt veröffentlicht ist, ist zu M 60 und im Unvermögensliste Post vorliegt, ist bereits am 13. Januar d. J. in Kraft getreten. Die baugeberlichen Arbeiter werden gut tun, sich eine solche Bauordnung zu beschaffen. Sie werden zum Selbstkostenpreis durch die Gauleitung des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Hannover, Nicolaistraße 7, 3. Et., abgegeben.

Mauthausen. Am 6. Juni fiel beim Abmontieren der Bahnhofsgebäude am Bahnhof Ludwigsbafen ein Monteur 7 m hoch herab und zog sich schwere Verletzungen zu. An der Arbeitsstelle ist kein Gerüst vorhanden, die Arbeiter sitzen auf dem Dach und verrichten ihre Arbeiten; es ist gar nicht ausgeschlossen, daß noch weitere Unfälle vorkommen können. Die oberpolizeilichen Vorschriften werden hier überhaupt nicht beachtet, man sollte doch annehmen, daß nach einem schweren Unfall Ordnung geschaffen werden müßte; es ließe sich ganz gut ein Gänge- oder Fangerüst anbringen. Wahrscheinlich fürchtet der Unternehmer, daß sein Profit dadurch geschmälert wird. Es ist eine bekannte Tatsache, daß es an Staatsbauten in Bezug auf Arbeiterdauern immer am traurigsten aussieht. Schon im vorigen Jahre haben wir in der Presse auf die Nichtbeachtung der oberpolizeilichen Vorschriften am Bahnhofumbau aufmerksam gemacht, wir, lieben einige photographische Aufnahmen machen, um jederzeit den Beweis dafür antreten zu können.

Meiningen. Am 7. Juni war der 26 Jahre alte Mauerer Edmund Freund mit Kanalarbeiterarbeiten bei der Firma Zeußler & Fröhlich beschäftigt. Dabei fiel er in einen 3 m tiefen Schacht und wurde mit einem Beinbruch und mehreren Hautabschürfungen nach dem Krankenhaus gebracht.

Oderode i. Pr. Am 5. Juni stürzte der Kollege Wilhelm Schüllmann am Neubau in der Seminarstraße durch Zusammenbruch des Gerüsts, das zu stark belastet war, aus einer Höhe von 3 m ab, so daß er per Droschke nach Hause gebracht werden mußte.

Stolberg. Am 30. Mai stürzte der Bauhilfsarbeiter W. Rademacher am Neubau Rosenstraße, der von der Firma Hennig & Grünig ausgeführt wird, aus einer Höhe von 8 m ab und erlitt einen Armbruch und eine Fußverletzung. Außerdem zog er sich noch eine Kopfverwundung und verschiedene Hautabschürfungen zu. Der Unfall ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß ein Arbeiter das Gerüst in leichtfertiger Weise herstellte und einer vollständig mangelhaften Arbeit bei einer Spannung von 2 m benutzte. Der Arbeiter Rademacher war beim Kaufeisenbesetzt. Er sprang hierbei von einem Gerüst auf das andere, wodurch der Riegel brach und das Unglück passierte. Kollegen! Dieses Unglück hätte bestimmt vermieden werden können, wenn der mangelhafte Riegel nicht benutzt worden wäre; denn es waren ausnahmsweise gute Riegel genug vorhanden. Auch ist es verboten, von einem Gerüst auf das andere zu springen. So ist es leider eine traurige Tatsache, daß noch Unfälle vorkommen, die bei etwas mehr Aufmerksamkeit vermieden werden könnten. Wenn dies alle Kollegen bezugsnehmend und sich beim Herstellen von Gerüsten genügend Zeit nehmen würden, auch wenn kein gutes Material hierzu vorhanden ist, einfach kein Gerüst machen würden, so hätten wir wohl über viele Unglücksfälle weniger zu berichten. Es ist schon traurig genug, daß durch die Gabel der Kapitalisten so unendlich viele Unglücksfälle herbeigeführt werden. Deshalb ist es Pflicht eines jeden Kollegen, für die Gesundheit seiner eigenen Person und seiner Mitkollegen zu sorgen. Das kann ein jeder, indem er nur gute und feste Gerüste baut und sich sonst in jeder Beziehung vorsetzt.

Straubing. Am 4. Juni ereignete sich auf dem Bau Wähler & Rudtitz ein bedauerlicher Unglücksfall. Mit einem Motor wurden Mörtel und Wackelsteine auf das 8 m hohe Gerüst gebracht und mit einem Rollwagen auseinanderbefördert. Da das Gerüst die nötige Tragkraft nicht hatte, brach es durch und drei Arbeiter stürzten mit in die Tiefe. Zwei davon wurden schwer verletzt, einer kam mit dem Schreden davon. Der Baumeister Rudtitz war 1910 der größte Schmarfacher am Orte, aber er ist auch der, der für Arbeiterdauern auf den Bauten nicht sorgt. Obwohl der verantwortliche Bauleiter, Wähler, nicht angeordnet hatte, daß auf dem Gerüst mit dem Rollwagen gefahren werden solle, taten dies Rudtitz und sein Kollege Diemarier, damit die Arbeit rasch vor sich gehe. Es wäre sehr zu wünschen, daß in Straubing auch einmal eine andere Baukontrolle eingeführt würde.

Striegau. An einem Neubau in Gröben ereignete sich am 7. Juni ein Unfall. Die mit dem Eindecken des Hauses beschäftigten Dachbeder ließen versehenlich eine Bohle fallen, die dem mit dem Jagen des Hochbaues beschäftigten Mauerer Thiel aus Galdendorf auf den Kopf fiel. Verletzte Gisse war bald zur Stelle. Der Verunglückte wurde in die elektrische Wohnung in Galdendorf geschafft. Wäre ein Fangerüst vorhanden gewesen, so konnte der Unfall nicht passieren.

Stuttgart. Am 6. Juni war an einem Neubau in der Weinsburgstraße ein Arbeiter mit Oelen einer Betonmischmaschine beschäftigt und brachte dabei die rechte Hand in die Maschine. Die erheblichen Verletzungen machten die Heberführung in das Krankenhaus notwendig. Am gleichen Tage wurden an einem Neubau in der Seidenstraße einem Hilfsarbeiter durch einen Materialaufzug sämtliche Finger der rechten Hand weggerissen. Der Unglücksfall wurde nach dem Spital gebracht. Diese schweren

Verletzungen sollten die Aufsichtsbehörde veranlassen, zu prüfen, ob zur Bedienung der vielfach in Verbindung kommenden Materialaufzüge und anderer Maschinen sachkundige Arbeiter benannt werden. Es wäre dringend geboten, zu berichten, daß jugendliche und ungeübte Arbeiter mit solch bedeutungsvoller und gefährlicher Arbeit betraut werden, wie dies öfter um des lieben Profits der Unternehmer willen üblich ist.

Waldenburg. Auf dem Neubau des Unternehmers Moller in Alt-Böding bezugsfähig am 30. Mai ein Mauerer dadurch, daß beim Hinauftragen von Zementkufen der Aufzug durchbrach. Der durch die fallenden Kufen schwerverletzte Mauerer mußte zum Arzt gefahren werden, während ein anderer mit leichten Verletzungen davonkam. — Auf dem Warenhausumbau in Gersdorf stürzten zwei Mann vom Leitergerüst. Aus bisher noch nicht festgestellten Gründe rutschte die Bohle ab, auf der gearbeitet wurde. Der Polier erlitt einen Schenkelbruch und mußte ins Knappschaftsagareit geschafft werden, der andere trug innere Verletzungen davon. — In Göttesberg stürzte ein Klempnerlehrling bei seiner Arbeit am 31. Mai vom Gerüst und mußte schwer verletzt ins Krankenhaus überführt werden. Durch Brechen eines Gerüstriegels wurde der Unfall verursacht. — Auf dem Neubau, der gegenwärtig von der Firma Jäger in der Spiegelhütte ausgeführt wird, ereignete sich am 7. Juni ein schwerer Bauunfall. Während elf Mann auf einem Außengerüst arbeiteten, stürzte dieses plötzlich in sich zusammen. Vier Kollegen gelang es, auf die Mauer zu springen oder sich an Pfeilern festzuklammern. Von den sieben Mann, die mit in die Tiefe gerieten, wurden, sind vier schwer verletzt. Zwei erlitten Knochenbrüche, einer Knochenverletzung und einem Verletzung der Unterkiefer schwer beschädigt. Ein Arzt mußte sofort auf die Unfallstelle gerufen werden. Die Verletzten wurden nach ihren Wohnungen gefahren. Die geradezu schreckliche Art dieses Gerüstbaues ist an diesem Unfall schuld.

Unfälle, über die uns nicht berichtet wurde. Bei den Eisenbahnarbeiten am Seminarneubau in Buchsfeld stürzte am 19. Mai eine Aufzugsvorrichtung zusammen und begrub einen Arbeiter unter sich. Schwer verletzt wurde der Mann ins Krankenhaus gebracht. — In einem Hause an der Krenenhollerstraße in Remscheid stürzte am 19. Mai ein 49 Jahre alter Mauerer von einem Gerüst und schlug mit dem Kopf so unglücklich auf den Rand eines Kalksteins auf, daß er einen Schädelbruch davontrug. Im Krankenhaus ist er seinen Verletzungen erlegen. — Der 16 Jahre alte Mauerlehrling Anton Baas in Neudorf bei Gellwang an arbeitete am 19. Mai an einem 6 Fentner schweren Stein, der unterhöht war. Ein plötzlich auftretender Wirbelwind warf den Stein um. Baas kam mit dem Kopf darunter und war, da ihm die Schädeldede geschmetzelt wurde, sofort eine Leiche. — Im Kochschen Anwesen bei Högwörth stürzte am 21. Mai beim Aufstellen eines Dachfußes das Gerüst zusammen und erschlug den elfjährigen Sohn des Besitzers. Man mußte Wunden ansehen, um den Reizman aus seiner Lage befreien zu können. — Bei den Neubauten auf der Museumsinsel in Berlin stürzte am 24. Mai der 20 Jahre alte Gerüstbauer Georg Wöcher aus 15 m Höhe ab. Mit einer Gehirnerschütterung und schweren inneren Verletzungen wurde er nach dem Hedwigskrankenhaus gebracht. — Am 24. Mai wurde beim Umstürzen einer eisernen Säule an der Abbruchstelle des Knappschen Warenhauses in Karlsruhe ein Mauerer vom Gerüst herabgeworfen und schwer verletzt, so daß er mittels Droschke nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. — In Siegen stürzte am 24. Juni ein Zimmerer von einem Neubau in der Marienbühnenstraße, wobei er schwer verletzt wurde. — Bei einer Reparatur am Saufe des Anbauers Kremitz in Tappenberg stürzte am 4. Mai das Gerüst zusammen. Der Mauerer Ludwig Wieneber fiel zwischen die Trimmer, wobei er außer leichten Verletzungen den Bruch zweier Rippen erlitt. — In Horf ist am 24. Mai der Mauerer Johann Georg aus beträchtlicher Höhe abgestürzt. Er trug einen Bruch des rechten Beines und schwere innere Verletzungen davon, die eine Operation nötig machten. — Beim Umbau der Eisenbahnbrücke Mainz-Strankfurt stürzten der 26 Jahre alte Schlosser Fridor Schwaner und der 21 Jahre alte Zimmermann Kaspar Herz ab. Der erstere schlug schwer auf das Montagegerüst auf und fiel dann in den Rhein, wo er spurlos verschwand. Herz blieb an Spannstrangen der Rißpfeile hängen und wurde von einem Rettungsboot in schwererletem Zustand geborgen. Er wurde ins Spital übergeführt, wo er nach drei Stunden starb. — Am 31. Mai ist ein von dem Baumeister Horn in Goppin am Fabrikgebäude der Firma Hoelsch & Co. in Heidenau errichtetes Gerüst infolge Überlastung zusammengefallen, wodurch ein Arbeiter schwer und sechs andere leicht verletzt wurden. — Am 30. Mai fiel dem verheirateten Mauerer Friedr. Lämmer an dem Umbau des Hauses Nr. 7 der Eisenbahnstraße in Röhdingen ein Balken vom dritten Stockwerk herunter auf den Kopf, wodurch er stark verletzt wurde. Er wurde mit einer Droschke in seine Wohnung gebracht. — Ebdlich verunglückt ist am 31. Mai auf dem Eisenwerk Riesa der Mauerer Bogt aus Orda. Er wurde von einem herabfallenden Stück Eisen erschlagen. — In den Mainkattwerken in Högst stürzte am 30. Mai der Maurermeister Dietrich vom Transformatorzentrum und erlitt einen doppelten Arm- sowie einen Rippenbruch. — Dem auf der Leche Wolfssack bei Rorbea beschäftigten Mauerer Joseph Smieglitz stürzte am 31. Mai ein schwerer Mast auf den Körper. In seinem Aufkommen wird geweiht. — Beim Abbruch eines Hauses in der Kronprinzstraße in Baden-Baden stürzte am 1. Juni eine Mauer ein. Ein beim Abbruch beschäftigter Arbeiter erlitt Hautabschürfungen und sonstige Verletzungen. — In Röhdingen am 3. Juni auf einem Neubau infolge eines Gerüstwackens zwei Mauerer in die Tiefe. Der Mauerer Logmeier war sofort tot, während der Mauerer Freund schwer verletzt nach dem Krankenhaus geschafft werden mußte. — Auf dem Neubau Jausch in Eilenburg stürzte am 1. Juni der 63jährige Zimmermann Friedrich Wessner aus Mörbitz 4 m hoch ab. Er erlitt einen linksseitigen Schlüsselbeinbruch. — Beim Neubau Hocholl & Heise in der Georgstraße in Hannover wurde am 6. Juni durch einen fallenden eisernen Träger, einem Arbeiter ein Bein unterhalb des Knies geschmettert. Der Schwereverletzte wurde mit dem Krankenwagen nach dem Krankenhaus gebracht. — Einer Schädelbruch und verschiedene Knochenbrüche erlitt ein Mauerer, der am

8. Juni von dem Gerüst eines Neubaus in Nemscheid abstürzte. — Am 8. Juni stürzte in der Weiserstraße in Cassel ein Baugerüst ein, wobei vier Arbeiter in die Tiefe stürzten. Der Arbeiter M. wurde dabei so unglücklich von einer nachstürzenden Bohle getroffen, daß er das linke Fußgelenk brach. Die übrigen drei Arbeiter kamen mit leichten Hautabstürzungen davon. M. wurde durch die Sanitätskolonne vom roten Kreuz in das Unfallkrankenhaus Wolsanger überführt. — In der Hagedornstraße in Hamborn stürzte am 4. Juni ein Balken auf den am Bau beschäftigten Peter Steil. Der Verunglückte wurde mit dem Krankenwagen zum evangelischen Krankenhaus gebracht, wo er schwer verletzt daniederliegt. — In Finsterberg stürzte am 5. Juni das in der Bahnhofstraße Nr. 3 belegene Haus ein, auf das eben ein Stockwerk aufgebaut werden sollte. Die an dem Haus beschäftigten Arbeiter konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. — In den Neubau des Krüppelheims in Königberg schlug am 6. Juni der Blitz ein. Durch den Schlag wurde das Gerüst zertrümmert und drei Arbeiter stürzten zwei Stockwerke tief herab. Sie erlitten sämtlich schwere Verletzungen. — Auf dem Phönix-Werk in der Fabrikstraße in Düsseldorf stürzte am 6. Juni ein Gerüst ein. Ein darauf beschäftigter Arbeiter erlitt einen Unterschenkelbruch und mußte zum Josephskrankenhaus gebracht werden. — Als am 6. Juni der 33-jährige Antreichermesser Eugen Scharwächter in Nemscheid an einem Hause Anstreicharbeiten ausführte, stürzte er infolge eines Fehltritts von dem Gerüst ab. Der Unglückliche erlitt einen doppelten Schädelbruch und starb auf dem Wege zum Krankenhaus.

Soziales.

Achtung bei Arbeitsaufnahme in Lebertshaus! Der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes ersucht uns um die Veröffentlichung folgender Warnung: Die gemischten Farbenfabriken vorm. Friedrich Bayer & Co. in Lebertshaus bestreiten seit Jahren den Arbeitern das Koalitionsrecht. Sie beschäftigen neben ungelernten Arbeitern allerhand Handwerker für Reparaturzwecke in eigener Regie. Die Arbeit in den Farbenbetrieben ist vielfach schmutzig; die Farbstoffe dringen in die Regel bei den mit Reparaturarbeiten und Herstellung solcher Stoffe beschäftigten Handwerkern und Arbeitern in die Hautporen ein, so daß solche Arbeiter in allen Farben schillern und besonders die Lunge in der Regel dieselbe färbung aufweisen. Auch sorgt die Vergiftungsmöglichkeit durch die Arbeit gegen. Verschleuderte Grünsäure und auch die Koalitionsfeindschaft der Firma bewirken, daß die Arbeiter dem Betriebe nach wenigen Wochen den Rücken kehren. Im Jahre 1910 wechselten von 4300 Arbeitern 3035 die Arbeitsstelle. Besonders im Frühjahr und Sommer hat die Firma schreckliche Arbeitermangel. Agenten besorgen gegen hohe Provision in abgelegenen Gegenden die Zutrittsbewilligung, und auch die Arbeiter der Firma bekommen für jeden von ihnen Unterverbundenen 40 Prämie. Kein Wunder, wenn unter solchen Umständen von den Werbern goldene Berge versprochen werden. Zur Einstellung gelangen nur ärztlich untersuchte, gesunde Arbeiter im Alter von 20 bis 40 Jahren. Gezahlt werden Anfangslöhne von 37 bis 38 1/2 pro Stunde. Bei der Lohnzahlung bleibt der Lohn der letzten fünf Tage stehen. Um die Arbeiter an den Betrieb zu fetten, müssen Arbeiter im Alter bis zu 21 Jahren der Sparkasse beitreten. Diesen werden monatlich 20 1/2 bis 1 1/2 einbezahlt und das Sparkastenbuch bis zum einundzwanzigsten Jahre gesperrt. Älteren Arbeitern, die der Altersspargasse angehören, werden wöchentlich 60 1/2 bis 1 1/2 abgezogen. Ihre Spargelder bekommen sie bei Aufgabe der Arbeit erst ein Jahr später ausgezahlt. Bei solchen Löhnen ist Auskommen nicht, Sparen überhaupt nicht möglich, weshalb eine Art Zwangsüberführung führt. Die Neueingestellten kommen in der Regel an die schmutzigsten Arbeiten; oft haben sie bessere Arbeit im Stich gelassen, weil ihnen der Lohn nach ländlichen Begriffen hoch erschien. Grundsätzlich werden sie enttäuscht, sobald sie von den Lebensmitteln und Mietpreisen hören. Nichts bleibt ihnen übrig. Die schmutzige, oft gefährliche Arbeit, im Verein mit einer vielfach unmöglichen Behandlung, dem Antreibersystem und einer Gefinnungsstimmfellei, die durch die Aupasser, besonders durch die Fabrikfeuerwehr, die zugleich Fabrikpolizei ist, bestätigt wird, veranlassen die meisten Arbeiter, den Staub Lebertshaus recht bald von den Füßen zu schütteln. Auf Gnade und Ungnade sind sie dem Unternehmertum der Umgegend ausgeliefert. Wer trotzdem Arbeit in Lebertshaus zu nehmen gedenkt, werde sich zurecht näherer Auskunft an den Geschäftsführer des Fabrikarbeiterverbandes: Wilhelm Pfaff in Wiesdorf am Rhein, Kurteufelstraße 6, 1. Et.

Zentralkrankenasse.

In der Woche vom 2. bis 8. Juni sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg 4, 400, Postlot 1, M. 300, Göln a. Rh. 250, Flensburg 200, Jordan-Paradies 200, Luckenwalde 200, Schlutup 180, Elmberg 100. Summa M. 1830.
Zuschüsse erhielten: Groß-Bichterfelde M. 300, Pöthig i. Pommern 150, Halle 100, Seubach 100, Hörbe 100, Rudolfsstadt 100, Schweisweiler 100, Langendreier 65. Summa M. 1015.

Altona, 8. Juni 1912.

Fr. Klätschen, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 76.

Briefkasten.

Briefkasten. Die Versammlungsanzeige kam viel zu spät. Ich, F. in S. Das Gedicht ist zwar von denen, die wir schon erhalten haben, noch lange nicht das schlechteste; zur Veröffentlichung eignet es sich aber trotzdem nicht.

Guben. Von dort ging uns eine Postkarte mit einer Anzeige zu, worin die Kollegen zu dem am 15. Juni stattfindenden Sommervergügen des Zweigvereins eingeladen werden. Die Karte war nur mit „Der Vorstand“ unterzeichnet, Name und Stempel fehlten. Infolgedessen haben wir die Anzeige nicht aufgenommen, haben sie aber hier vermerkt, womit wir vielleicht erreichen, daß man künftig etwas sorgfältiger verfährt.

Zielenzig. Jeder Anzeige ist doch der Preis beigebrückt, so daß sich die Besendung von Rechnungen erübrigt.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile kostet 10 A.)

- Breslau. Am 6. Juni starb unser Kollege **Robert Lasko** im Alter von 55 Jahren.
Dülk. Am 5. Juni starb unser treuer Kollege **Franz Preuss** im Alter von 32 Jahren an Kehlkopf- und Lungenentzündung.
Ghemitz. Am 31. Mai starb unser Kollege **Max Hermann** im Alter von 84 Jahren.
Göhrig. Am 28. Mai starb unser Kollege **Herm. Schneider** im Alter von 31 Jahren an Lungenentzündung.
Göln. Am 31. Mai starb unser Kollege **Peter Jos. Blömer** im Alter von 48 Jahren infolge eines Baunfallendes.
Deusch-Rissa. Am 25. Mai starb unser treuer Kollege **Wilhelm Sagas** im Alter von 28 Jahren an Lungenentzündung.
Dresden. Am 28. Mai starb unser Verbandskollege **Bernhard Klotzsche** aus Radeberg im Alter von 42 Jahren an Lungenleiden. — Am 31. Mai starb unser Kollege **Hermann Richter** aus Ruppendorf im Alter von 52 Jahren an Magenleiden. — Am 3. Juni starb unser Kollege **Ernst Tübel** aus Radeberg im Alter von 52 Jahren an Lungenleiden.
Duisburg. (Zahlstelle Ruhrort). Am 28. Mai verschied nach langem Leiden unser Kollege **August Steinwaschen** an den Folgen einer Lungenentzündung und Nierenleiden.
Freiburg i. B. Am 5. Juni starb unser Kollege **Joh. Berkhofer** im Alter von 60 Jahren an Lungenleiden.
Gannover. Am 2. Juni starb unser langjähriges Mitglied **Johann Henning** im Alter von 60 Jahren an den Folgen eines Schlaganfalls. — (Zahlstelle Langenhagen). Am 7. Juni verschied nach kurzem Krankenlager unser Kollege **Wih. Bohne** im 33. Lebensjahre an Lungenentzündung und Nierenleiden.
Geric. Am 6. Juni starb unser Mitglied **Franz Vohse** aus Calbe a. d. S. a. l. im Alter von 20 Jahren infolge eines Unfalls.
Gintersee. Am 6. Juni starb unser treuer Kollege und langjähriger Leiter unseres Zweigvereins **Karl Bätz** im Alter von 58 Jahren an den Folgen eines Unfalls.
Leipzig. Am 8. Juni starb unser Kollege **Paul Lehmann** im Alter von 20 Jahren an Gelbfucht.
Magdeburg. Am 8. Juni starb unser langjähriges Mitglied **Andreas Sudhoff** im Alter von 52 Jahren an Herzleiden.
München. (Perlach). Am 4. Juni starb unser Kollege **Josef Schunhamer** im Alter von 24 Jahren an Gelenksrheumatismus. — (Westend.). Am 5. Juni starb unser Kollege **Johann Hirsch** im Alter von 54 Jahren an Leberverhärtung.
Nürnberg-Gürtel. Am 4. Juni starb der Kollege **Johann Schober** im Alter von 49 Jahren an Lungenleiden.
Pforzheim. Am 30. Mai starb unser Kollege **Fritz Lämmer** im Alter von 32 Jahren infolge eines Baunfallendes.
Ronneburg. Am 28. Mai starb unser Kollege **Franz Schmidt** in Braunschweig im Alter von 46 Jahren an Lungenleiden.
Schweid a. d. O. Am 1. Juni starb unser Mitglied **Hermann Köhler** im Alter von 32 Jahren an der Zuckerkrankheit.
Speyer. (Zahlstelle Nechtersheim). Am 2. Juni starb unser treuer Kollege, Mitbegründer und Vorsitzender unserer Zahlstelle **Anton Beisel** im Alter von 42 Jahren an Lungen- und Kehlkopf-leiden.
Sweinsmünde. Am 5. Juni starb unser langjähriges treues Mitglied **Heinr. Kurzman** im Alter von 50 Jahren an Herzschlag.
Waren. Am 7. Juni verschied nach langem, schwerem Leide unser langjähriges Mitglied **C. Schmidt**.
Weimar. Am 29. Mai starb unser treuer Kollege **Paul Lemke** aus Götz im Alter von 27 Jahren infolge eines Messer- oder Gegenständliches ins Auge.
Würzburg. Am 6. Juni starb unser Kollege **Joh. Knauer** an Lungenentzündung.
Zeitz. Am 1. Juni starb in diesem Krankenhaus unser treuer Kollege **Ernst Scharfenberg** aus Gaysburg im Alter von 35 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Ehre ihm Andenken!

Max Ganz, Hilfsarbeiter, geb. am 28. Mai 1886 zu Angerhausen i. Th., Verb.-Nr. 0184886, wird gesucht. Wer den Aufenthalt des Kollegen kennt, wolle die Adresse an **Karl Kolass**, Bonn a. Rh., Jolestr. 3, mitteilen. [M. 1,50] Der Vorstand des Zweigvereins Bonn.

Johann Jürgen Grabe wird zum Antritt einer Erbschaft gesucht. Grabe ist am 16. März 1863 zu Wülffer i. Pöthig geboren, hat in Itzehoe das Maurerhandwerk erlernt und ist 1886 oder 1887 in die Fremde gegangen. Auskunft über seinen Verbleib oder jetzigen Aufenthaltsort wolle man an **J. C. T. Marsch**, Hamburg 24, Schwanenwitt 40, richten. Auslagen werden zurückerstattet. [M. 2,40]

Fürstenberg a. d. Oder.
Unser Zweigverein feiert Sonnabend, 15. Juni, sein **Erstes Stiftungsfest**
Alle Mitglieder werden dazu freundlichst eingeladen.
[M. 2,70] Der Vorstand.

Rimpar.
(Zweigverein Würzburg.)
Sonnabend, den 23. Juni, nachmittags 3 Uhr, findet im Garten des Gasthauses „Zum Lamm“ unser **Sommerfest** statt. Hierzu sind die Kollegen des ganzen Zweigvereins sowie die übrige Arbeiterkassette freundlichst eingeladen. — Programm 10 A. [M. 3,30] Der Zahlstellenvorstand.

Wetzwalde.
Die Ortsgruppe Wetzwalde des Zentralverbandes der Arbeiter Oesterreichs feiert am 14. Juni ihr **Zehntes Gründungsfest** im Gasthaus „Zum Fasanengarten“ in Wetzwalde, wozu alle Bauarbeiter, Freunde und Gönner freundlichst eingeladen werden. [M. 3] Der Festausst. v.

Wusterhausen.
Zu dem Sonnabend, den 22. Juni, nachm. 3 Uhr, im Gasthofe „Zum Landhaus“, Am Markt, stattfindenden *** Stiftungsfest *** werden alle Mitglieder nebst werten Angehörigen freundlichst eingeladen.
Nachm. 1 Uhr: **Versammlung.** [M. 3,30] Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Der Vorstand.

Zielenzig.
Sonnabend, den 22. Juni, abends 8 Uhr, feiert unser Zweigverein sein diesjähriges **Stiftungsfest** bestehend aus humoristischen Vorträgen und Ball. Hierzu sind alle Mitglieder und deren Angehörige freundlichst eingeladen. [M. 3,30] Der Vorstand.

Adressenverzeichnis.
(V bedeutet Vorstands-, K Kassierer, L Verehrtskassier, H Herberge, Rz Reklamierungslager wird ausgegibt bei.)

Buer. V Theodor Rosenberger, Sedanstr. 50; K Fritz Kiehl, Poststr. 17.
Gärtnisch. V Karl Simmerding, Gasthaus „Zum Kolosseum“.

Versammlungs-Anzeiger.
Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

- Versammlungen der Zweigvereine.**
Langenwetzendorf. Nachm. 4 Uhr bei Sporn.
Wiesenburg. Nachm. 3 Uhr bei Paul.
Dienstag, den 18. Juni.
Striegau. Abends 8 1/2 Uhr bei Sauer. Sehr wichtige Tagesordnung.
Mittwoch, den 19. Juni.
Aken. Abends 8 Uhr in der „Herberge zur Heimat“.
Sonnabend, den 22. Juni.
Glesien. Abends 8 Uhr im Gasthof zu Ennetwig.
Sonnabend, den 23. Juni.
Brunsbüttelkoog. Im Vereinslokal. Die Versammlung am 16. Juni fällt aus. (Bauarbeiter und Maurer.) Nachm. 1 Uhr.
Deutsch-Rasselwitz. Bei Herrn Mai. Wichtige Tagesordnung.
Gandersheim. Nachm. 3 Uhr in Weichgerode bei Heinrich Wege. Sehr wichtige Tagesordnung.
Hersbruck. Vorm. 10 Uhr im „Höfen“.
Sonnabend, den 30. Juni.
Schönau. Nachm. 1 Uhr bei Herrn Klose. Wichtige Tagesordnung. Wäcker mitbringen.